Sonnabend, 9. März 1929
11. Jahrg. Nummer 57

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 560 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 289 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Ebertstraße 36, Telephon 4065; Görlitz: Bunik 6, Telephon 2384. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag" Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Die oberschlesischen Fememorde

Sensationelle Enthüllungen über die oberschlesische Spezialpolizei — Der Breslauer Ex-Polizeipräsident Liebermann als Mitwisser der Morde

(Eig. Bericht.) Berlin, 8. März.

[illegible] der Fememordprozeß erklärte der preußische Ministerialdirektor Dr. Spiecker, daß die preußische Regierung an den in Oberschlesien während der Jahre 1920/21 stattgefundenen 200 Fememorden in keiner Weise beteiligt gewesen sei. Die Verantwortung habe vielmehr bei einer Zwischenstelle gelegen, dem Leiter der oberschlesischen Spezialpolizei, Dr. Hobus. Dieser Tage wird in dem Stettiner Fememordprozeß Heines und Konsorten eine Gegenüberstellung zwischen Dr. Spiecker und Dr. Hobus stattfinden, der als Verbindungsoffizier des oberschlesischen Selbstschutzes mit der preußischen Regierung bezeichnet wird.

Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht nunmehr eine Reihe von Dokumenten, aus denen unwiderleglich hervorgeht, wie Dr. Hobus im Auftrage des preußischen Innenministeriums Fememorde vorbereitet und gebilligt hat. Unter diesen Dokumenten befindet sich der Bericht eines Agenten der oberschlesischen Spezialpolizei an Dr. Hobus, der von der Vernehmung eines Aufsehers Peter Christ handelt. In dem Bericht wird empfohlen: „Energisches Vorgehen durch Unschädlichmachung kann der Sache nur dienen." Auf diesen Bericht ging folgende Antwort ein:

„[illegible], 17. Februar 1921.

Sehr verehrter Herr [illegible]

Die gewünschte Umlagerung wird von mir aus veranlaßt.

Ich habe veranlaßt, daß Christ-Pilchowitz (Verräter) von Neisse nach Brieg überwiesen wird, damit ich ihn dort in zweckentsprechende Behandlung nehmen kann.

Ich bitte, dieses Schreiben nach Empfang einwandfrei zu vernichten.

Mit bestem Gruß
Ihr stets ergebener Krause."

Dieser Krause, der den Verräter Christ „in zweckentsprechende Behandlung nehmen wollte, war niemand anders als Dr. Hobus, Verbindungsoffizier zwischen dem oberschlesischen Selbstschutz und dem preußischen Innenministerium des Herrn Severing.

Ein anderes von der „Deutschen Zeitung" veröffentlichtes Dokument hat folgenden Wortlaut:

„Breslau, 8. Juni 1921.

Lieber Heinz!

Hier ist der Deubel los! Verrat im eigenen Lager an die JAK. Intrigen und Anschuldigungen gegeneinander, so daß die Gefahr besteht, daß der ganze Laden auseinanderplatzt. Wir müssen daher mit allen Mitteln vorgehen, um hier einmal reinen Tisch zu machen, und zwar gründlich und rücksichtslos. Das ist aber nicht anders möglich, als wenn sofort W. mit mindestens zehn unserer besten Leute heraufkommt und hier einmal den eisernen Besen nach bewährtem Muster ansetzt. Eile tut not, weil wir sonst der JAK. rettungslos in die Hände fallen. Auch das Polizeipräsidium weiß keinen anderen Ausweg mehr.

Mit herzlichen Grüßen und nachträglichen Glückwünschen zu Ihren glänzenden Erfolgen stets Ihr [illegible]

[illegible] kurbelte, sondern auch, daß er dabei im Einvernehmen mit dem Breslauer Polizeipräsidenten handelte. Der Breslauer Polizeipräsident — Liebermann hieß er — war natürlich wie alle anderen Polizeipräsidenten eine Behörde des preußischen Innenministeriums und damit Severing direkt unterstellt.

Neben den angeführten Dokumenten veröffentlicht die „Deutsche Ztg." auch Aufzeichnungen, die von Dr. Hobus selbst herrühren. In diesem Schriftstück sucht Dr. Hobus zunächst die Lage der Deutschen in Oberschlesien nach der Besetzung des Landes durch interalliierte Truppen als unerträglich darzustellen, um dann fortzufahren:

„Aus dieser Erkenntnis heraus entschlossen sich verschiedene deutsche behördliche Stellen, die bereits vorhandenen Anfänge eines Selbstschutzes der Deutschen in Oberschlesien zu einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen... Die deutsche Regierung konnte die Deutschen in Oberschlesien nur durch eine formalrechtlich illegale Organisation schützen. Hieraus ergibt sich, daß die Angehörigen dieser Organisation formalrechtlich selbständig handelten, tatsächlich aber Beauftragte und Ausführende der deutschen Regierungsstellen waren."

Die hier genannte Organisation war die deutsche Spezialpolizei, für die „das zuverlässigste Personal aus dem Reichsgebiet zusammengesucht" wurde:

„Es ist richtig, daß diese Spezialtruppe die strenge Anweisung hatte, ohne Zustimmung der militärischen Leitung keine auf die Tötung abzielende Handlung vorzunehmen. Wenn die militärische Leitung jedoch zu diesem Entschluß kam, so geschah dies unsererseits [illegible] wußten sich der ganzen Schwere dieses Kampfes voll bewußt."

Dr. Hobus gibt am Schluß an, daß sich im Falle von Fememorden schon im Jahre 1921 „die damaligen leitenden Stellen auch vor die Ausführenden gestellt und die Straflosigkeit erreicht" haben.

Man erinnere sich, mit welcher Skrupellosigkeit die sozialdemokratische schlesische und oberschlesische Presse noch vor einem Jahre diesen Tatbestand abgeleugnet hat! Durch die veröffentlichten Dokumente dürfte nun endgültig und gegen alle Zweifel bewiesen sein, daß die preußische Regierung und speziell der preußische Innenminister Severing die volle politische Verantwortung für das System der Fememorde trägt, das 1921 in Oberschlesien ausprobiert und 1922/23 von den Arbeitskommandos der Schwarzen Reichswehr zu einer wahren Kunst entwickelt wurde.

Dieser Severing ist jetzt Reichsinnenminister der Großen Koalition, und er läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um zu versichern, daß er seinen Posten noch volle vier Jahre lang zu halten wünscht. Ein Blick hinter die oberschlesischen Femekulissen zeigt jedem, der sehen will, bis zu welchem Grade niedrigsten Verbrechertums die sozialdemokratische Koalitionspolitik entartet ist. Nieder mit der Großen Koaliton! muß die Antwort der arbeitenden Massen auf die neuesten Femeenthüllungen sein.

Skandal in der Breslauer SPD.-Stadtverordnetenfraktion

4 Anwärter auf Stadtratsposten legen ihre Ämter nieder

Breslau, den 8. März.

Bereits bei der Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung im vorigen Jahre kam es innerhalb der Breslauer SPD. zu schweren Auseinandersetzungen und Drohungen der Gewerkschaftsführer mit der Spaltung der Partei und Errichtung einer Ortsgruppe der Altsozialdemokratischen Partei. Eine Reihe „bewährter" Führer, hauptsächlich Gewerkschaftsbürokraten, wurde nicht mehr als Stadtverordnete aufgestellt. Im letzten Augenblick setzten Einigungsverhandlungen ein, und ein Teil der Abgesägten, darunter die SPD.-Führer Voigt (der frühere Polizeipräsident), Klar, Meise und Ruffert (die Gewerkschaftsbürokraten) wurden mit auf die Liste gesetzt und gewählt. Durch die Aufstellung des auf Betreiben Rufferts seinerzeit gemaßregelten früheren ZdA.-Sekretärs Schramm zum Kandidaten für den besoldeten Stadtratsposten ist der Konflikt nunmehr in verschärfter Weise zum Ausbruch gekommen. Klar, Meise, Ruffert und Voigt, die selbst besoldete Stadträte werden wollten, haben aus Protest gegen die Wahl von Schramm ihre Aemter als Stadtverordnete niedergelegt.

*

In den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft herrscht über das Verhalten der Klar, Meise, Voigt und Ruffert, die mit ihrer Niederlegung der Stadtverordnetenmandate zugleich abfällige Urteile über die Eignung Schramms zum Stadtrat verbanden, große Empörung. Es wird dieser Sorte SPD.-Führer der Vorwurf gemacht, daß sie aus eigensüchtigen Motiven gehandelt, die Autorität der SPD.-Fraktion geschwächt haben und die Wahl von Schramm gefährden.

Man erblickt in dem Verhalten der vier Sozialdemokraten einen schweren Disziplinbruch, weil die Aufstellung von Schramm durch Mehrheitsbeschluß der Vertreterversammlung zustandegekommen ist, und plant, die

Einleitung eines Ausschlußverfahrens zu beantragen.

*

Soweit die Mitteilungen, die uns aus den Kreisen sozialdemokratischer Arbeiter zugehen und ihre Empörung widerspiegeln. Die „Volkswacht" bemäntelt natürlich in einem butterweichen Kommentar das Verhalten der mandatssüchtigen Stadtratsanwärter und hat für deren schwere Disziplinlosigkeit nur ein höfliches Bedauern übrig. Die sozialdemokratischen Arbeiter können hier an einem Schulbeispiel wieder einmal erkennen, welche Doppelbegriffe von Disziplin in ihrer Partei herrschen. Beteiligt sich ein SPD.-Arbeiter an einer Rußlanddelegation und berichtet objektiv, dann fliegt er, wie Besser-Görlitz, aus der Partei. Mitgliedschaft in der Roten Hilfe oder der JAH. wird mit Ausschluß geahndet, weil die Mitgliedschaft in diesen Organisationen unvereinbar mit den Beschlüssen der Partei sein soll. Doch die Fraktionsführer können ebenso wie die Minister (siehe Panzerkreuzer und Konkordat!) auf den Willen der Mitglieder pfeifen. So ist es im Reichsmaßstabe, so ist es örtlich. Einstimmig beschloß die Vertreterversammlung der SPD., dem Hindenburgrummel fernzubleiben. Wer nahm daran teil? Lüdemann, Bandmann, Ruffert und andere. Einmütig beschloß die Vertreterversammlung, Schramm als Kandidaten für den Stadtratsposten aufzustellen, die Gewerkschaftsbonzen aber, die jeden kommunistischen Arbeiter aus der Gewerkschaft ausschließen lassen, wenn er grundsätzlich Opposition gegen die Gewerkschaftspolitik treibt, sie trampeln auf die Beschlüsse der Mitglieder. Für sie ist der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter nichts, sie verachten und verhöhnen die Masse. Sagte doch der Gewerkschaftsführer Wiersich einmal ganz offen, als man von dem Willen der Masse sprach:

„Was ist Masse? Sie ist ein Quark, die, wenn sie getreten wird, ein wenig Wasser gibt."

So wie Wiersich denken Ruffert und Konsorten, denken und handeln alle SPD.-Führer rechter und „linker" Couleur. Ungeachtet des Protestes der sozialdemokratischen Arbeiter betreiben sie ihre schändliche Koalitionspolitik mit dem Bürgertum weiter und arbeiten an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Unterdrückungsherrschaft. Gegen diese Gesellschaft helfen auch keine Ausschlußanträge. Der Reichsparteivorstand würde einem eventuellen Ausschlußantrag seine Bestätigung verweigern. Und schließt man einen Ruffert aus, tritt ein anderer Bonze an seine Stelle, der dieselbe Politik betreibt.

Nur der Fußtritt für diese Sorte Führer, nur der vollkommene Bruch mit der sozialimperialistischen arbeiterfeindlichen SPD. kann die Antwort denkender klassenbewußter Arbeiter auf den Disziplinbruch der SPD.-Führer in Breslau sein.

Wieder ein Raubmord in Breslau

Eine Arbeiterfrau als Opfer!

Am 7. März 1929 in den späten Nachmittagstunden wurde die verehelichte Arbeiter, Frau Olga Grundei, geb. Kasper, geboren am 31. Mai 1874 in Neustadt OS., in ihrer Wohnung erdrosselt und am 8. März 1929 gegen 1 Uhr auf dem Fußboden liegend tot aufgefunden. Zur Ausführung der Tat wurde ein ihr gehöriges Taschentuch benutzt.

Geraubt wurden ein blauer neuer zweireihiger Kammgarnanzug, drei Meter blaugrauer Cheviotstoff, drei Meter blaugrauer Mantelstoff, ein brauner, fast neuer Koffer (Lederimitation), Größe 45 × 60 Zentimeter. Gesamtwert der geraubten Gegenstände rund 150 Mark. Für Mitteilungen aus dem Publikum, die zur Aufklärung des Falles führen können und die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, ist obige Belohnung ausgesetzt.

*

Soweit der Polizeibericht. Wir erfahren zu der Mordtat noch folgendes: Der Ehemann der Ermordeten befindet sich schon seit Jahren in der Trinkerheilstätte Herrnprotsch. Der 19jährige Sohn der Frau Grundei, der bei einer Konfektionsfirma als Handlungsgehilfe beschäftigt ist, begab sich, wie üblich, gestern nach dem Mittagessen ins Geschäft. Abends kam er nicht erst nach Hause, sondern fuhr gleich von seiner Arbeitsstätte nach der Jahrhunderthalle zum 6-Tage-Rennen. Nachts gegen 1 Uhr kehrte er in die elterliche Wohnung zurück, die er unverschlossen vorfand. Im gemeinsamen Schlafzimmer sah er die Leiche liegen. In seiner Aufregung lief er auf die Straße, um die Polizei zu holen. Das alarmierte Ueberfallkommando aus der Polizeiunterkunft Westendkaserne, die ja in unmittelbarer Nähe des Tatortes liegt, stellte dann den Tatbestand fest. Im Hause selbst hat niemand etwas Auffälliges bemerkt. Vom Täter fehlt jede Spur.

*

Heute morgen gegen 8 Uhr wurde im Südpark in der Nähe der Riemannshöhe ein älterer Mann, der mit dunklem Anzug und Mantel bekleidet war, erschossen aufgefunden. Der Revolver lag in der Nähe. Da der Tote in die linke Schläfe geschossen war, wird ein Verbrechen vermutet.

12. Parteitag der KPD.

Das Zentralkomitee der KPD. beruft den 12. Reichsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) für den 5. bis 10. Mai nach Dresden, Städtischer Ausstellungspalast, ein.

Tagesordnung:

1. **Bericht des Zentralkomitees:**
   a) Die Arbeit der Partei seit dem 11. Parteitag. Referent Genosse Deckert.
   b) Die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes. Referent Genosse Häbich.
   c) Die Arbeit unter den werktätigen Frauen. Referentin: Genossin Overlach.
2. **Die politische Lage und Aufgaben der Partei.**
   a) Die Beschlüsse des 6. Weltkongresses.
   b) Politische Lage und Aufgaben.
   Referent Genosse Thälmann.
3. **Der revolutionäre Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der Sowjetunion und das Wehrprogramm der SPD.** Referent Genosse Remmele.
4. **Wirtschaftskämpfe und revolutionäre Gewerkschaftspolitik.** (Erwerbslosenfrage und sozialpolitische Arbeit.) Referent Genosse Merker.
5. Anträge und Wahlen.

Im Anschluß an die Tagung des Parteitages findet eine Frauen-Reichskonferenz und eine kommunalpolitische Konferenz statt.

Anträge zum Reichsparteitag müssen bis spätestens 30. April 1929 beim ZK. schriftlich eingereicht werden. Der Wahlmodus der Delegierten zum Parteitag und zu den Bezirksparteitagen sowie die Anzahl der den Bezirken zustehenden Delegierten ist den Bezirksleitungen durch Rundschreiben mitgeteilt worden.

Die Kosten der Delegationen (Fahrgelder, Arbeitslohnverlust und Spesen) sind von den Bezirken zu tragen.

Die Namen der gewählten Delegierten sowie die Namen der Ersatzdelegierten sind sofort nach der Wahl dem Zentralkomitee mitzuteilen. Presse- und Gastkarten sind beim Sekretariat des ZK. anzufordern. — Alle den Parteitag betreffenden Anfragen sind an das Sekretariat des ZK. zu richten.

Lohnverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie gescheitert

Berlin, 8. März. Der „Vorwärts" meldet aus Dresden: „Die Lohnverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie sind gescheitert. Die Ansichten der Parteien über den materiellen Inhalt der zu treffenden Vereinbarungen gingen so weit auseinander, daß ein Ergebnis nicht erzielt werden konnte. Auch die Verhandlungen über die Wahl des Vorsitzenden eines nach den Bestimmungen des Manteltarifs zu bildenden Schiedsgerichts scheiterten, so daß nunmehr der sächsische Schlichter angerufen werden muß."

Was die Anrufung des Schlichters bedeutet, ist jedem Arbeiter klar: Die DMV.-Bürokraten wollen sich gern „vergewaltigen" lassen. Auf diesen Leim läßt die Arbeiterschaft nicht mehr hinein.

„Die Rädelsführer hinter Schloß und Riegel zu bringen"

Die wuchtigen Massenkundgebungen der Arbeitslosen im ganzen Reiche und besonders die machtvollen Demonstrationen in Berlin trotz des Verbotes des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel sind der Bourgeoisie auf die Nerven gegangen.

Die „DAZ." weist darauf hin, daß die Kundgebungen von einem Ausschuß der Erwerbslosen unter kommunistischer Führung organisiert worden seien und die Kommunisten andeuteten, sich am 18. März und am 1. Mai um das Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten nicht zu kümmern, um dann zu fordern:

„Vielleicht versucht die Berliner Polizei doch einmal, die Zusammenhänge dieser planmäßigen Gesetzesverletzungen aufzuklären, und die Rädelsführer hinter Schloß und Riegel zu bringen."

Zörgiebel in Berlin und die anderen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in anderen Teilen des Reiches haben gar nicht erst diese Aufforderung des Organs, das die Interessen der Trustbourgeoisie vertritt, abgewartet, und überall zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die sozialdemokratischen Handlanger der Bourgeoisie werden auch weiterhin den Willen der Trustbourgeoisie vollstrecken, gegen die hungernden Arbeitslosen mit Gummiknüppeln und neuerdings mit Polizeihunden vorgehen. Die Arbeitslosen und auch die im Betrieb Stehenden werden jedoch in geschlossener Front diese niederträchtige Politik bekämpfen.

Niederlage der Reformisten in Leuna

Halle, 8. März. Hier fand im Gewerkschaftshause eine Sitzung der freigewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre des Leuna-Werks, offiziell einberufen vom DMV., statt, in der die beiden aus der KPD. ausgeschlossenen Renegaten Drescher und König sich die größte Mühe gaben, für ihre Revers- und Spaltungstaktik gegenüber der revolutionären Opposition Stimmung zu machen. Nichtsdestoweniger erntete die reformistische Bürokratie die verdiente Niederlage. Mit 32 gegen 2 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die sich aufs schärfste gegen die Spaltungspolitik der Revers-Fabrikanten aussprach und fordert, daß der bisherige Betriebsratsvorsitzende, der kommunistische Landtagsabgeordnete Schmidt, auch bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen als Spitzenkandidat fungieren soll, auch dann, wenn er bis dahin aus dem DMV. ausgeschlossen sein sollte.

KPD.-Reichstagsfraktion für die Reichsarbeiter

Berlin, 8. März. Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte im Reichstag folgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung aufzufordern, unverzüglich die abgebrochenen Verhandlungen über die Verbesserung der Arbeiterlöhne in den Reichsbezirken wieder aufzunehmen und die Löhne entsprechend den von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen zu erhöhen.

Verhandlungen im oberschlesischen Bergbau gescheitert

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns gemeldet:

Gleiwitz, 8. März. Die Bergarbeiterverbände haben bekanntlich das Mehrarbeitsabkommen für den westoberschlesischen Steinkohlenbergbau für Ende März gekündigt, worauf der Arbeitgeberverband seinerseits den Manteltarif gekündigt hat. Gestern haben über diese Fragen Verhandlungen stattgefunden, die zu keinem Ergebnis geführt haben. Nunmehr wird voraussichtlich der Schlichter angerufen werden.

Bergarbeiter, wollt ihr einen Erfolg, so müßt ihr sofort Streikleitungen wählen und die Führung und Vorbereitung des Kampfes selbst in die Hand nehmen.

Hilferdings Sparpläne auf Kosten der Arbeiter

Berlin, 8. März. Gegenwärtig führt der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding mit den Fraktionsführern der einzelnen Parteien Verhandlungen, inwieweit am Haushaltsplan Ersparnisse vorgenommen werden können. Bekanntlich hat die Deutsche Volkspartei ultimativ gefordert, keine neuen Steuern zu beschließen, und den Etat durch Abstriche auf Kosten der werktätigen Bevölkerung zu balanzieren. Diese Besprechungen sind bis jetzt negativ verlaufen, auch die Deutsche Volkspartei ist bisher mit keinen konkreten Vorschlägen, wo diese Abstriche vorgenommen werden sollen, aufgetreten.

Der Hansabund hat über den Etat eine 270 Seiten umfassende Denkschrift dem Reichstag unterbreitet, in der zum Ausdruck kommt, daß nicht weniger als 200 Millionen Mark und wahrscheinlich noch weitere 100 Millionen durch entsprechende Abstriche erspart werden könten.

Unnötig, zu betonen, daß sowohl die neuen Steuern von der breiten Masse der Werktätigen aufgebracht werden müssen, wie auch die eventuellen Abstriche auf Kosten der werktätigen Bevölkerung vorgenommen werden. Die Behandlung des Etats wird der Arbeiterschaft erneut die absolute Arbeiterfeindlichkeit der Koalitionspolitik und besonders der sozialdemokratischen Führer zeigen.

Kirchenfromme „linke" Sozialdemokraten

Im Sächsischen Landtag begründete der Kultusminister einen Gesetzentwurf über die Ablösung der Staatsleistungen an die evangelische und die katholische Kirche. Die kommunistische Fraktion wandte sich in einem Antrag gegen diesen Gesetzentwurf, der den Pfaffen neue Millionen in die Hände spielen will, und forderte die Aufhebung aller Sonderrechte der Kirche und die Trennung von Kirche und Staat. Der kommunistische Redner stellte fest, daß bereits jetzt in Sachsen sechs Millionen für die Kirche gezahlt werden, außer den vielen einmaligen Beihilfen bis zur Höhe von 2 Millionen. Der „linke" sozialdemokratische Abgeordnete Neu wandte sich keinesfalls gegen die neugeplante Abfindung, sondern erklärte, auch die SPD. sei bereit, weil dies in der Weimarer Verfassung vorgeschrieben sei, die Kirche abzufinden. Er kritisierte nur die Höhe der Abfindung. Wirklich — die Pfaffen dürfen auf ihre treuen sozialdemokratischen Schäflein stolz sein.

Geheimkonferenz Stresemanns mit Chamberlain

Genf, 8. März. Stresemann hat nach seiner geheimen Konferenz mit Briand nunmehr eine Besprechung mit Chamberlain gehabt, über die kein Communiqué ausgegeben wurde. Sicherlich haben die beiden imperialistischen Führer sich über die aktuellsten politischen Fragen unterhalten.

Die Minderheiten-Debatte soll nach einem Vorschlag des polnischen Außenministers, der von England und Frankreich vorgeschickt worden ist, in einem Dreierausschuß begraben werden. Diesem Dreierausschuß soll neben Chamberlain je ein Vertreter Japans und Spaniens angehören. Die ganze Minderheiten-Debatte war ein Bluff und verläuft wie das Hornberger Schießen.

Vom Tage

In der gestrigen Völkerbundssitzung wurde eine Kompromißformel bekanntgegeben, nach der zur weiteren Behandlung der Minderheitenfrage ein Dreierausschuß, bestehend aus Adatschi (Japan), Quinones de Leon (Spanien) und Chamberlain (England) eingesetzt werden soll, um einen Bericht für die nächste Tagung des Völkerbunds auszuarbeiten.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags befaßte sich gestern unter anderem mit der Beratung des Konkordats. Der preußische Kultusminister Becker wich einer klaren Antwort aus und erklärte, daß er sich auf die bekannten Ausführungen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun beschränken müsse.

Der Notetat für den Reichshaushalt beschäftigt heute, Freitag, die Ausschüsse des Reichsrats und soll morgen auf die Tagesordnung der Vollsitzung des Reichstags gestellt werden.

Der reaktionäre Aufstand in Mexiko ist vollkommen zusammengebrochen. Die aufständischen Truppen befinden sich auf der Flucht.

Der angebliche Dokumentenfälscher Heine ist aus der Haft entlassen worden. Selbst die sozialdemokratische Presse ist genötigt, ihre Entrüstungstöne über die angebliche Fälschung stark zu dämpfen.

Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Nürnberg ist ein Zug der Nebenbahn Pressard—Kirchentumbach infolge Schneeverwehungen entgleist. Angeblich sollen keine Personen verletzt sein.

Unaufhaltsam aufwärts!!

Die Zahl der im Sonderverkauf abgesetzten Exemplare der Erwerbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung" betrug am 17. Januar 1250 in 11 Orten.

Am gestrigen Tage wurden in 64 Orten 9044 Exemplare abgesetzt

Genossen, verdoppelt die Anstrengungen!

Werbt neue Leser und ständige Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung"!

Erleichterungdes Kirchenaustritts

verschaffen nicht die Behörden, sondern die Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände Breslaus dadurch, daß bei der Kundgebung gegen ein preußisches Konkordat am Sonntag, dem 10. März 1929, 10 Uhr, im Zirkus-Busch-Gebäude vor und nach der Veranstaltung ein Notar Kirchenaustrittserklärungen annehmen wird. Für die Genossen, die einer der „Rag" angeschlossenen Organisationen beitreten, werden die notariellen Gebühren von der erwählten Organisation getragen. Also kein Weg auf das Amtsgericht ist nötig, wenn diese Gelegenheit richtig ausgenutzt wird.

Der Eintritt zur Kundgebung ist völlig frei. Arbeiter, macht von dieser Gelegenheit Gebrauch. Erscheint in Massen!

BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜNBERG

17

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt, Th.

Dem stets hilfsbereiten Hövelmann verdankte Sukrow auch schließlich seine lang ersehnte eigene Wohnung. Möblierte Zimmer waren in Swertrup ein ebenso teurer wie rarer Artikel. Wer von den ledigen jungen Leuten der Abhängigkeit von den Massenquartieren der Werke entfliehen wollte, geriet dabei meist in die noch schlimmere der sogenannten „Kosthäuser". Familien, die ein Zimmer übrig hatten, stellten eine Anzahl Bettstellen auf und nahmen die Mieter auch gleich in volle Pension. Die Mühe lohnte sich immer. Es gab aber auch zahlreiche Leute, die daraus ein regelrechtes Gewerbe machten, ganze Etagen und Häuser auf diese Weise ausnutzten und dabei dick in die Wolle kamen.

Das Ehepaar Schapulla betrieb sein Kosthaus schon fünfzehn Jahre. Während sich im Erdgeschoß Speisewirtschaft und Küche befanden, waren die Zimmer in den beiden oberen Etagen ständig vermietet. Schapullas selbst wohnten ganz oben in den beiden Mansardenstuben. Selten, daß eines der Betten, von denen immer je drei in einem Zimmer standen, mal einen Tag ohne Mieter war. Herr Schapulla hatte gute Beziehungen, sowohl zu den Pförtnern der Werke wie zum katholischen Gesellenverein und dergleichen.

Als der Krieg und die Kriegsindustrie den Wohnungsbedarf in Swertrup steigerten, sagten Schapullas: „Wir müssen auch etwas für das Vaterland tun" und brachten ein viertes Bett in die Zimmer. Auch stellte Herr Schapulla, über entsprechende Beziehungen verfügend, seine Kraft dem Vaterland als Munitionsaufseher in einem Granatenlaborierwerk zur Verfügung, da ihn Rheumatismus an seiner Reservepflicht verhinderte. Man kaufte eine vier Meter lange schwarzweißrote Fahne, die bei jeder Siegesmeldung von 10 000 Gefangenen an zum Mansardenfenster hinausgehangen wurde. — Als nach dem Kriege die Wohnungsnot besonders groß wurde, schaffte Schapulla die Schränke, in denen die Leute ihre Sachen aufbewahrten, auf den Flur und stellte ein fünftes Bett hinein. Mutter Schapulla verstand es mit ihrem stets freundlichen Wesen, den Gästen die soziale Notwendigkeit des Zusammenrückens klarzumachen, und kochte bei solchen Anlässen eine extra Mehlspeise, während Vater Schapulla einige Mißvergnügte durch ein paar Flaschen Bier versöhnte.

Ueberhaupt verstand es Frau Schapulla ausgezeichnet, aus minderwertigen Materialien unter Verwendung von Gewürzkörnern, Lorbeerblättern und frischem Wasser schmackhafte Speisen, die sehr „viel hermachten", zu bereiten. Dabei verfehlte sie niemals, die Mahlzeiten durch Klagen über Knappheit, Lebensmittelkarten, hohe Preise usw. zu würzen, so daß man annehmen mußte, sie betriebe das Geschäft nur aus purer Menschenfreundlichkeit und setzte dabei zu.

„Ja, wenn Vater Schapulla nicht so gut einzukaufen verstände", sagte sie oftmals.

Er hatte gute Verbindungen mit Kaufleuten, die ihm minderwertige und verdorbene Lebensmittel für eine Kleinigkeit abließen. Mehl, das von Motten, Nudeln, die von Maden, Backobst, das von Milben, Reis, der von Mäusedreck wimmelte, fanden ihren Weg ebenso in die Schapullasche Küche, wie stinkige Fische und Fleisch von kranken, schwarz geschlachteten Tieren. Daher konnten Schapullas einen schwunghaften Handel mit den Lebensmittelkarten ihrer Kostgänger treiben. Hierfür hatte Herr Schapulla seine regelmäßigen Abnehmer in der St.-Rochus-Brüderschaft, in der er Schriftführer war.

Ueberhaupt waren Schapullas sehr fromm. „Bete und arbeite!" Dieser Spruch hing in Brandmalerei zweimal einen halben Meter groß im Speisesaal. In den Zimmern befand sich über jedem Bett irgendein Oeldruck mit der schmerzensreichen Maria, durch deren Herz ein Dolch ging, ein sterbender Jesus oder sonst ein Heiliger. Das Beten besorgte in der Hauptsache Vater Schapulla, der nicht nur Sonntags zur Predigt mit Hochamt, sondern auch wochentags zweimal zur Frühmesse ging. Auch die beiden Sprößlinge wurden fleißig dazu angehalten, während Mutter Schapulla wegen ihrer ökonomischen Obliegenheiten vom Kirchenbesuch Dispens hatte.

Auch auf Arbeit wurde im Schapullaschen Hause fleißig gehalten. Mutter Schapulla sorgte, daß ihre beiden Tagesfrauen nicht einen Augenblick zu Atem kamen. Vater Schapulla besorgte das bei seinen Gästen, wenn einer mal krank feierte oder „in den Sack gehauen" hatte. Entweder hatte man bald wieder Arbeit, wobei eine Empfehlung des Wirtes oft Wunderwirkung tat — oder man machte anderen Gästen Platz.

So ruht denn auch der Segen des Himmels wunderbar auf dem Schapullaschen Hause in der Flingerstraße, das die Eheleute im rechten Moment als eigen erworben hatten. Dabei brachten sie noch ein anständiges Scherflein auf die Seite und nahmen täglich zu an Wohlwollen, Leibesumfang und Gnade vor Gott und den Menschen.

Eines Sonntags kam Schapulla ganz zerknirscht aus der Kirche nach Hause. Kuratus Spectatius hatte so eindringlich über die schwere Zeit der Not und den Spruch: „Was ihr einem der ärmsten dieser Brüder getan habt, das habt ihr mir getan", gepredigt, daß er gleich nach Tisch mit seiner Ehehälfte auf dem Sofa hinter der Theke eine intime Beratung pflog. Das Resultat dieser Beratung war, daß zunächst der elfjährige Tönnis eine tüchtige Tracht Prügel erhielt, weil er den väterlichen Zollstock zur Anfertigung eines Flitzbogens verbraucht hatte. Mit einem ausgeliehenen Zollstock gingen sie dann durch die Logierzimmer, maßen die Länge, Breite und Höhe, rechneten und kalkulierten, ohne aber zum Ziel zu kommen. Endlich stiegen sie auch in die eigene Behausung hinauf, wobei sie überein kamen, daß der elfjährige Tönnis und das dreizehnjährige Trautchen auch ganz gut im elterlichen Zimmer mit schlafen konnten und das vordere Mansardenzimmer sich noch vermieten ließ. „In solchen Zeiten muß sich eben jeder einschränken", sagte Schapulla, der gleich sechs Feldbettstellen hineinstellen wollte, aber seine Gattin widersprach. Die guten Möbel konnte man doch nicht auf den Speicher stellen. So kam man denn überein, das Zimmer möbliert an einen „besseren Herrn" zu vermieten, was Herr Schapulla noch am selben Abend seinem Skatbruder im „Goldenen Hecht", dem Oberpförtner vom Flaschnerwerk, mit auf den Weg gab.

*

Als Sukrow am folgenden Abend in Grothes Begleitung das Kost- und Logierhaus betrat, schallten ihnen ein heiseres Grammophon und trunkene Stimmen entgegen. „Na, hier hast du dich ja auch gut verheiratet", sagte Grothe in bezug auf die zahlreichen Bier- und Schabauflaschen. Aber schon hatte Herr Schapulla, der hinter der Theke in Hemdsärmeln und weißer Schürze hantierte, die Besucher erblickt und, den Zweck ihres Kommens ahnend, sie auf den Flur hinauskomplimentiert.

„Heute geht es hier ein bißchen lustig zu, einer unserer Leute feiert nämlich seinen Namenstag und hat einen ausgegeben", sagte er verlegen lächelnd.

„Das ist man bloß auch heute, sonst aber sind wir ein anständiges Haus", sagte Frau Schapulla, die, sich die Hände an der Schürze abwischend, aus der Küche gewalzt kam. „Wollen die beiden Herren zusammen wohnen?"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Bielwald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Bezirken Artur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Georg Paris in Hindenburg. — Für Inserate W. Gerber-Breslau.

Tod dem Faschismus!

Für den 9. und 10. März 1929 hat das Initiativkomitee für den Internationalen Antifaschistenkongreß unter Vorsitz von Henry Barbusse den ersten

Internationalen Antifaschistenkongreß nach Berlin

einberufen.

Horthy-Ungarn und Spanien faschistisch! Pilsudskis Polen faschistisch, Rumänien, Jugoslawien unter der Knute des Königs Alexander, faschistisch! Litauen, Lettland, Bulgarien faschistisch!

Ein eiserner Ring bis an die Zähne bewaffneter faschistischer Staaten im Solde Englands, kreist die Sowjetunion ein.

Italiens werktätige Massen, ausgesogen, ausgeplündert, erdulden nun schon fast sieben Jahre in tiefstem Elend den blutigen faschistischen Terror Mussolinis.

Der heutige internationale Faschismus ist nicht etwa die innere Angelegenheit der faschistischen Länder allein. **Er ist eine Gefahr für die gesamte werktätige Menschheit.**

Dem internationalen Faschismus muß entgegengestellt werden die **international organisierte Macht** der werktätigen Massen!

Jetzt gilt es zu bekennen: **Für oder gegen den Faschismus! Für die Henker oder für ihre Opfer!**

In England, Frankreich, der Tschechoslowakei, in Deutschland und in den anderen Ländern haben sich antifaschistische Komitees gebildet.

Aus dem **Erzgebirge-Vogtland, aus Sachsen, Thüringen** und den anderen Bezirken Deutschlands wird die Bildung derartiger Komitees gemeldet.

Bis zum 10. März müssen die Betriebe mobilisiert werden!

In **Belegschaftsversammlungen**, in den Organisationen, in Mitglieder- oder Vertreterversammlungen müssen **Delegierte** zu diesem Kongreß gewählt werden!

Ueberall, wo Versammlungen stattfinden, müssen **Sympathieerklärungen** für den internationalen Antifaschistenkongreß angenommen werden!

Jeder Betrieb, jede Arbeiterorganisation muß dieser Aufforderung nachkommen. Ein **geschlossener, einheitlicher Block** aller Werktätigen allein wird in der Lage sein, den **Faschismus siegreich zu bekämpfen!**

Dem **Todfeind der Arbeiterklasse** muß auf dem

Antifaschistenkongreß am 9. und 10. März in Berlin

gezeigt werden, daß Millionen Werktätige auf der ganzen Welt bereit sind, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf gegen ihn aufzunehmen!

Das Zeugnis einer bürgerlichen Zeitschrift!

Erfolge des sozialistischen Aufbaus

Siebenstundentag und Lohnsteigerung in der Sowjetunion

„Der deutsche Volkswirt" läßt sich in der Nummer vom 15. Februar dieses Jahres aus Moskau berichten:

„Mit der Umstellung der Industrie der Sowjetunion auf den **Siebenstundentag** soll im neuen Wirtschaftsjahr rasch fortgeschritten werden. Nach dem vom Obersten Volkswirtschaftsrat ausgearbeiteten Plan soll diese Reform in sämtlichen dieser Körperschaft unterstehenden Industriebetrieben des Bundesgebiets bis zum 1. Oktober 1933 durchgeführt werden.

Am Ende des laufenden Wirtschaftsjahres sollen etwa 20 Prozent der ständigen industriellen Arbeiterschaft — **ungefähr 400 000 Personen** — an der Reduktion der Arbeitszeit teilhaben.

Bisher ist sie hauptsächlich in der leichten Industrie, besonders in der Textilindustrie, verwirklicht worden, jetzt sollen einige Zweige der **Schwerindustrie** drankommen, und zwar die Metallindustrie, die Maschinenbau-, die chemische und die Steinkohlen-Industrie. Im Donezbecken sollen vom 1. Oktober an 26 Schächte mit Siebenstundenschichten arbeiten.

Ueber die **Wirkungen des Siebenstundentages in der Textilindustrie** veröffentlicht die „Torgowo-Promischlennaja Gazeta" einige Mitteilungen über drei Fabriken in **Serpuchow**, die schon am 1. Januar 1928 zur verkürzten Arbeitszeit mit drei Tagesschichten übergegangen sind.

Die Erfahrungen werden im ganzen als günstig hingestellt, trotz ungenügender Vorbereitung. In einer Fabrik stieg die Produktion der Spinnerei in Kilonummern um 4 Prozent, im vierten Quartal um 8 Prozent, die Leistung der Weberei sank dagegen, was mit der Herstellung von komplizierteren Warensorten, dem Mangel an qualifizierten Vorarbeitern und der Einstellung unqualifizierter Arbeitskräfte erklärt wird.

Die **Produktivität** der Arbeiter und Angestellten stieg in der Spinnereiabteilung um 30 Prozent, **der Durchschnittslohn um 14 Prozent.** In der gesamten Fabrik stieg die Produktivität der Arbeit um 21,0 Prozent, der Lohn um 18,2 Prozent, die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 886 auf 983, d. h. um 10,6 Prozent.

In der zweiten Fabrik stieg nach kurzer Uebergangszeit die Produktion um 27 Prozent, die durchschnittliche Arbeitsleistung um 24 Prozent. Wesentlich schlechter waren die Resultate in der größten Fabrik, wo die durchschnittliche Produktion der Spinnereiabteilung um 7,8 Prozent, die der Weberei um 10,8 Prozent fiel, was sich jedoch mit der Zeit ständig bessert. Der Wert der Produktion fiel in der Spinnerei um 1,57 Prozent, in der Weberei um 5,41 Prozent. Die Arbeiterzahl stieg um 1000, auf 4897. Die volle Belastung des Apparats ermöglichte eine bedeutende **Steigerung der Gesamtproduktion.**

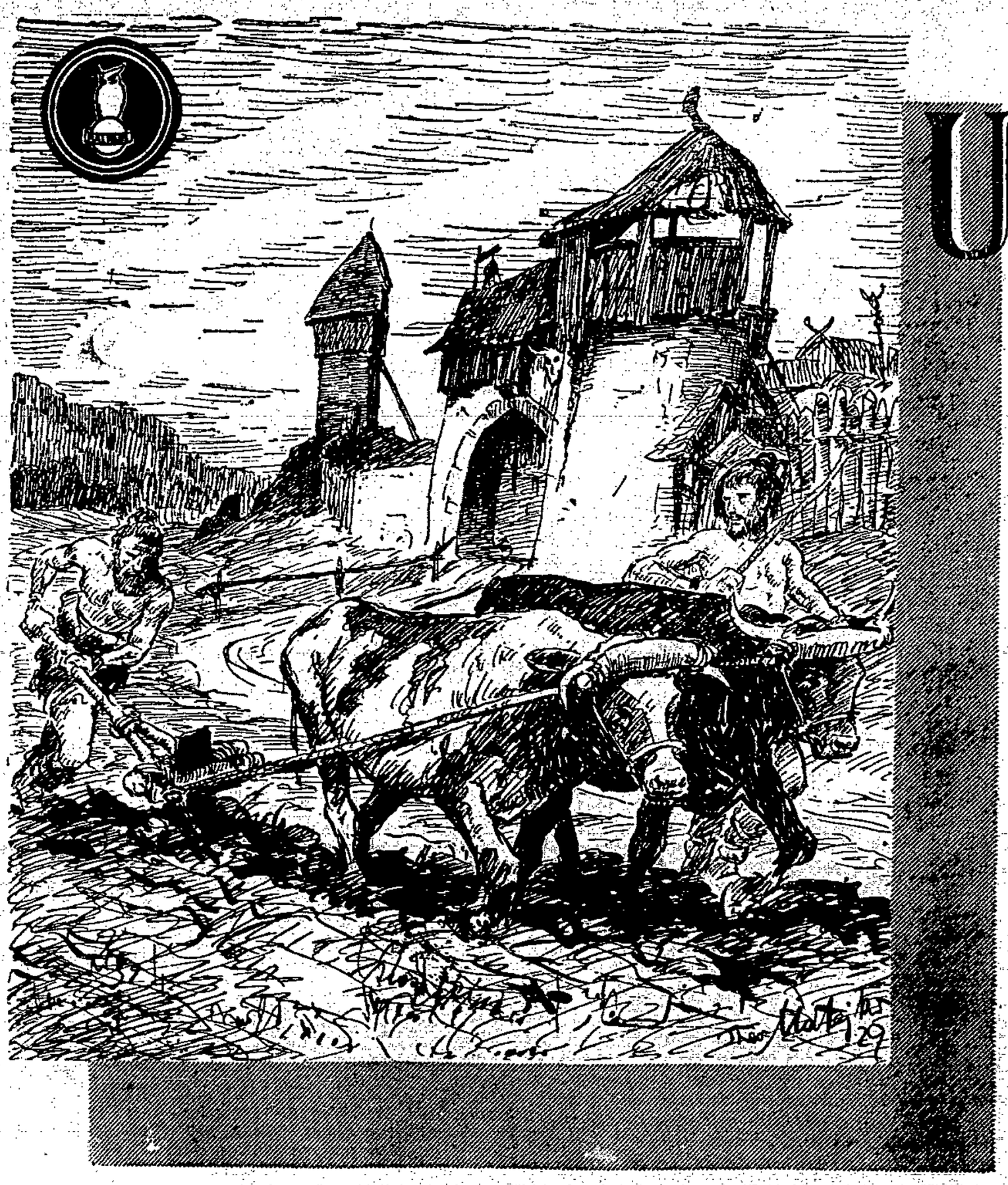
Mit der Reform waren überall **Kapitalinvestionen** verbunden. So hat die letztgenannte Fabrik **Ventilationsanlagen** für 225 000 Rubel, auch **Beleuchtungs- und Schutzanlagen** herstellen lassen. Die Siebenstundenarbeit, die die sowjetistische Wirtschaftsverwaltung im Zuge des Rationalisierungsprozesses verwirklichen will, ist natürlich eine politische Maßnahme, die volkswirtschaftlich nur durch das Außenhandelsmonopol möglich wird, also dessen dauernde Aufrechterhaltung voraussetzt."

Ausschlußpraxis gegen revolutionäre Arbeiter auch im Arbeiter-Abstinenten-Bund

Nachdem die reformistische Bürokratie in Gewerkschaften, Sport- und Freidenkerorganisationen die Wortführer der Opposition massenweise ausgeschlossen hat, geht sie nun auch in zahlenmäßig schwachen Verbänden dazu über, eine Ausschlußattacke gegen revolutionäre Arbeiter zu reiten. So wurde der Genosse Fochler (Breslau) in der letzten Vorstandssitzung des Arbeiter-Abstinenten-Bundes, Ortsgruppe Breslau, angeblich wegen unrichtigen und verunglimpfenden Notizen in der „Arbeiter-Zeitung" aus dem Bunde ausgeschlossen, ohne daß man die Mitgliedschaft davon in Kenntnis setzte. Wir stellen bei dieser Gelegenheit nochmals fest, daß das Mandat des Vorsitzenden Rausch zum Bundestag 1928 mit satzungswidrigen Mitteln (laut Protokoll des 8. Bundestages) demselben zugeschoben wurde, damit die Opposition die Schandtaten der Rausch, Pech und Unser vor den Delegierten nicht aufdecken sollte. Rausch selbst hat seinen Mandatsschmuggel in der Generalversammlung nicht widerlegen können.

Als im Jahre 1925 der damalige Kassierer Kendzias 900 Mark unterschlug, sabotierte der Vorsitzende Pech den Ausschlußantrag der Opposition und besaß sogar die Unverfrorenheit, Kendzias als Bezirkskassierer vorzuschlagen. Gleichsam als Dank für diese Korruption wurde Pech später vom Bundesvorsitzenden zum Gauleiter ernannt. Jetzt schließt man den Genossen Fochler aus, weil er während seiner sechsjährigen Mitgliedschaft stets die Schandtaten der Reformisten gebrandmarkt hat. Die Opposition aber wird den Kampf trotz Ausschlüssen weiterführen für die Wiederaufnahme des Ausgeschlossenen.

Arbeiter, stärkt die Front im Arbeiter-Abstinenten-Bund gegen den reformistischen Spaltungskurs.



Unser die Heimat!

Um 1200 wandern in Schlesien deutsche Siedler ein. — Inmitten der Urwaldwildnis erstehen blühende, geschlossene Dörfer. Rastloser Fleiß rodet Urwald und Gestrüpp, der eiserne Pflug verdrängt den Radlo, den Holzpflug des Slawen, verwandelt Ödland in fruchtbare Felder. Eiserne Spaten legen Sümpfe trocken. Verkehr und Handel werden von Tag zu Tag reger. Anstelle der Tausch-Wirtschaft tritt als Wertmesser für Leistung und Ware das Geld.

Deutscher Bauernstand und deutsche Arbeit haben das deutsche Schlesien begründet.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

RARITÄT 4 Pf

die Cigarette des Schlesiers

o. Mdst. m. Gold m. Korb

HALPAUS-CIGARETTENFABRIK G.M.B.H.

Aus Betrieb und Werkstatt

Betriebsrätewahlen in der Textilindustrie

1 000 000 Unorganisierte, 375 000 Organisierte

1 850 000 Textilarbeiter arbeiten in der deutschen Textilindustrie. Ueber 700 000 davon sind Frauen. Groß ist die Zahl der Jugendlichen. Kolossale Gewinne auf der einen, Hungerlöhne auf der anderen Seite. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt veranlaßt die Unternehmer, noch brutaler als bisher ihre Lohnsklaven auszubeuten. Trotz heldenhafter Gegenwehr sind alle Kämpfe der Textilarbeiter in den letzten Monaten von den Schlichtungsinstanzen, unter tätiger Mithilfe der Gewerkschaftsbürokratie aller Schattierungen, abgewürgt worden. Groß ist die Enttäuschung bei den Arbeitern über den Ausgang der Lohnbewegung. Immer wieder schoben die Bonzen die Schuld an dem kläglichen Ausgang der Lohnbewegungen, an den faulen Kompromissen, die sie abschlossen, auf die anderen Organisationen resp. auf die Unorganisierten. Selbst in den Kämpfen, wo die Arbeiter wie eine Mauer standen, wurden von der Bürokratie auf Kosten der Arbeiter elende Tarifverträge abgeschlossen. Das ist der Grund der großen Unzufriedenheit unter den Millionenmassen der Textilarbeiter. Sie sind sehr mißtrauisch geworden und haben in ihrer übergroßen Mehrheit das Vertrauen zu den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern verloren. Und gerade deswegen sind die Betriebsrätewahlen für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in dieser Industrie von ungeheurer Bedeutung.

Welcher Zustand bestand bisher?

Von den 1 850 000 Textilarbeitern und -arbeiterinnen sind zirka 375 000 organisiert. Am stärksten ist die freigewerkschaftliche Organisation mit zirka 300 000 Mitgliedern und in den Rest teilen sich die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen. Fast eine Million unorganisierter Arbeiter ist in der Textilindustrie vorhanden. Bei den Betriebsrätewahlen werden in den einzelnen Betrieben durchschnittlich 2—3 Listen aufgestellt. Systematisch haben die Textilherren in den Nachinflationsjahren viele revolutionäre Betriebsräte beseitigt. Das Schwarze-Listen-System der Textilscharfmacher ist besonders gut ausgebaut. Revolutionäre Arbeiter liegen zu Hunderten auf dem Straßenpflaster, und es besteht für sie keine Möglichkeit, trotzdem sie gute Facharbeiter sind, wieder in den Textilbetrieben unterzukommen. Gemaßregelte Betriebsräte in Schlesien, die versuchten, in Berlin Arbeit zu erhalten, wurden, nachdem sie schon halb eingestellt waren, auf Erkundigung der Unternehmer bei dem schlesischen Arbeitgeberverband wieder abgewiesen. Diese Maßregelungen, dieser Terror der Unternehmer und die Aufstellung der Betriebsräte in dem kleinen Zirkel der gewerkschaftlich Organisierten haben ein starkes Desinteresse bei den Massen der Textilarbeiter, die unorganisiert sind, hervorgerufen. In vielen größeren Betrieben kamen auf Grund dieser Tatsachen überhaupt keine Betriebsräte zustande. Gerade in der Textilindustrie, wo die verschiedensten gewerkschaftlichen Richtlinien um die Köpfe der Arbeiter kämpfen, wo 75 Prozent der Arbeiter unorganisiert sind, ist das Vorhandensein eines revolutionären Betriebsrats von großer Wichtigkeit für die Arbeit der Opposition unter den Textilarbeitern. Die Richtlinien der Partei haben gerade für die zweitstärkste Arbeiterkategorie in Deutschland eine immense Bedeutung.

Ist die Taktik der Partei ein Hindernis bei der Eroberung der breiten Massen? Wird nicht bei der Anwendung der neuen Richtlinien die Opposition unter den organisierten Textilarbeitern jeden Einfluß verlieren? Besteht nicht bei der Durchführung dieser Richtlinien in den Textilbetrieben die Gefahr, daß die Gewerkschaftsbürokraten unsere besten Textilarbeitergenossen aus der Organisation ausschließen? Nun, diese ängstlichen Gemüter mögen sich beruhigen. **Wenn die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ihre Aufgaben besser als wie bisher bei den Wirtschaftskämpfen durchführen will, dann müssen diese eine Million Unorganisierten mehr als wie bisher von der revolutionären Gewerkschaftsopposition erfaßt und beeinflußt werden.** Die Betriebsrätewahlen geben uns die Möglichkeit, mehr als wie bisher an die Massen der Textilarbeiter heranzukommen. 400 000 von den Unorganisierten waren schon mal Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes, und sie müssen unter allen Umständen wieder für die Organisation und den Klassenkampf gewonnen werden. Eine Hetze der Verbandsbürokratie gegen die Kommunistische Partei, die Bezeichnung „Partei der Unorganisierten" wird bei den Textilarbeitern nicht viel erreichen. Bei den heutigen Organisationsverhältnissen ist es jedem Textilarbeiter klar, daß Lohnkämpfe nur erfolgreich geführt werden können, wenn es gelingt, die Unorganisierten zur Solidarität zu veranlassen und mit ihnen zusammen eine feste Kampffront gegen das Unternehmertum herzustellen. Der Geschäftsbericht des Deutschen Textilarbeiterverbandes der Ortsgruppe Stuttgart gibt an, daß allein in Stuttgart schon im letzten Jahre 18 Unorganisierte auf den freigewerkschaftlichen Listen gewählt worden sind. In der Betriebsrätekonferenz, die am 18. Februar in Stuttgart stattfand, erklärten sich selbst sozialdemokratische Betriebsräte mit dem Vorschlag einer oppositionellen Kollegin, nichtorganisierte Kollegen auf die freigewerkschaftliche Liste zu nehmen, erneut einverstanden. In Dutzenden von Textilbetrieben haben Freigewerkschafter, Hirsche und Christen gemeinsame Listen aufgestellt.

Ja, es ist doch sicherlich bezeichnend, daß die Textilarbeiter-Verbandsbürokratie es bisher nicht gewagt hat, eine Kommunistenhetze wegen der neuen Richtlinien der Partei auch bei den Textilarbeitern zu inszenieren. Die eine Million Unorganisierter ist auch für die Textilarbeiter-Verbandsbürokratie ein Machtfaktor. Gewiß werden sie einige Genossen aus der Organisation ausschließen. Aber haben nicht auch schon vor der neuen Taktik der Partei die Reformisten die besten und aktivsten Kollegen aus dem Textilarbeiterverband ausgeschlossen? Gewaltige Aufgaben stehen vor der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Zerrissenheit der Textilarbeiter in drei Organisationen, die große Zahl der Unorganisierten muß durch die Herstellung der einheitlichen Kampffront in den Betrieben beseitigt werden. Die neue Linie der Partei, die in den Textilbetrieben gar nicht mehr so neu ist, wird dazu beitragen.

die Einheitsfront gegen das Textilkapital mit den kampfgewillten freigewerkschaftlichen, christlichen, Hirsch-Dunckerschen und unorganisierten Arbeitern in den Betrieben herzustellen,

das Selbstbewußtsein und den Mut der breiten Massen der Textilarbeiter ungeheuer zu verstärken,

Hunderttausende von Textilarbeitern für die Opposition und ihren Kampf gegen den Reformismus im Textilarbeiterverband zu gewinnen,

die Lohnkämpfe in der Textilindustrie durch die Beseitigung der Zersplitterung in den Betrieben außerordentlich zu verschärfen und die Textilarbeiter fähig zu machen, in den entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit unter Führung von roten Betriebsräten eine ihrer Bedeutung entsprechende Rolle zu spielen.

Eisenbahner, ohne Kampf keine Lohnzulage!

Die Presse veröffentlicht eine kurze Notiz, nach der die Tarifgewerkschaften der Eisenbahner beschlossen haben, das Lohnabkommen zu kündigen. Nicht allzu lange hat die reformistische Gewerkschaftsbürokratie gegenüber dem Drängen der Eisenbahner, die Lohnparagraphen zu kündigen, standhalten können. Waren es doch nur wenige Orte, die sich für die Verschleppungstaktik des Hauptvorstandes des Einheitsverbandes erklärten. Die von ihm angeführten Gründe für die Nichtkündigung des Abkommens waren so fadenscheinig, daß jeder Eisenbahner erkennen mußte, welches Spiel mit seinen Interessen getrieben wurde. In der Entschließung des Vorstandes und des Beirates des Einheitsverbandes, die auf der gemeinsamen Sitzung am 17. und 18. Dezember 1928 gegen drei Stimmen angenommen wurde, wird gesagt:

„In Berücksichtigung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und in Anbetracht aller einschlägigen Momente legt sich die Konferenz auf einen bestimmten Kündigungstermin des Lohnabkommens noch nicht fest."

Die angebliche ungünstige Wirtschaftslage der Reichsbahn war es also, die nach Auffassung der Reformisten unmöglich machte, das Lohnabkommen schon Ende Dezember 1928 zu kündigen. Zwei Monate sind seitdem verstrichen, und die Eisenbahner lassen solche Ausreden nicht mehr zu. Sie wissen, daß die Einnahmen der Reichsbahn-Hauptverwaltung eine steigende Tendenz aufzuweisen haben. Es ist infolgedessen nur zu verständlich, daß die Empörung der Eisenbahner von Tag zu Tag zunahm. Gleichzeitig aber ist es auch ein Beweis dafür, daß bei den Eisenbahnern sich die Erkenntnis immer mehr und mehr durchsetzt, daß man auf die reformistischen Argumente nichts geben darf.

Aber auch Dorpmüller hat sich verrechnet. Daß er sich der Unterstützung durch die Führer der Tarifgewerkschaften sicher war, geht eindeutig aus der von ihm am 30. Januar gehaltenen Rede hervor. Dort sagte er, nachdem von ihm die Notwendigkeit einer Erhöhung für die sachlichen Ausgaben hervorgehoben worden war, folgendes:

„Wir hoffen, daß unser Personal Verständnis für diese Maßnahme hat, denn nachdem das sachliche Gebiet solange zu kurz gekommen ist, muß es in erster Linie berücksichtigt werden. Wir dürfen den Acker nicht verdorren lassen, von dessen Früchten schließlich die Mittel geerntet werden, um unser Personal zu besolden.

Es ist anzunehmen, daß sich von diesem Gedanken auch die Gewerkschaften habe tragen lassen, als sie am 31. Dezember letzten Jahres darauf verzichteten, uns durch Kündigung der Löhne unsere Lage und schließlich auch die des von ihnen vertretenen Personals zu erschweren."

Also Erhöhung der sachlichen Ausgaben auf Kosten der Löhne und Gehälter des Personals. Diese Feststellung hat ihre volle Berechtigung insofern, als tatsächlich bei den reformistischen Führern wie auch bei denen der Christen und Hirsche keine Neigung bestand, das Abkommen zu kündigen. Jetzt haben sie wohl oder übel dem Druck der Eisenbahner nachgeben müssen. Sie kündigen das Lohnabkommen aber noch aus einem anderen Grunde, nämlich, die Betriebsrätewahlen stehen vor der Tür, und die Eisenbahner haben ihr Urteil bei dieser Wahl abzugeben. Wie es ausfallen wird, darüber ist sich die reformistische Gewerkschaftsbürokratie im Klaren. Denn nicht alle Eisenbahner haben die arbeiterfeindliche Politik der Scheffel und Konsorten vergessen. Allerdings dürfen die Eisenbahner jetzt **nicht auf halbem Wege stehen bleiben.** Die Vergangenheit hat doch immer gezeigt, daß die Bürokratie in schwierigen Situationen auch die Kündigung von Lohnabkommen benutzte, um Zeit für weiteren Verrat zu gewinnen. Auf keinen Fall dürfen die Eisenbahner zulassen, daß bei ihnen die gleiche Methode angewandt wird wie bei den Reichs- und Staatsarbeitern, wo mit der bekannten Begründung, daß die Finanzlage des Reiches eine Lohnerhöhung nicht zulasse, die Regierungsvertreter die Verhandlungen abbrachen. Das Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Dorpmüller während der Bürgerblockregierung hat sich auch auf die gegenwärtige Koalitionsregierung in vollem Umfange übertragen. Dorpmüller wird schon in den nächsten Tagen der Oeffentlichkeit mitteilen, daß die Finanzlage der Reichsbahn eine Aufbesserung der Löhne nicht zuläßt, um Zahlen, die hierfür den Nachweis erbringen sollen, ist er niemals verlegen. Er wird sich besonders auf die zurzeit in Paris stattfindenden Reparationsverhandlungen stützen.

Die Tatsache, daß in der erwähnten Pressenotiz über die Kündigung des Lohnabkommens die Forderungen der Eisenbahner nicht mit genannt sind, ist ein Beweis dafür, wie wenig ernst es den Führern der Tarifgewerkschaften bei dieser Kündigung ist. Die Forderungen der Opposition sind seit langem in der Oeffentlichkeit bekannt. Sie haben die Zustimmung der übergroßen Mehrheit der Eisenbahner erhalten. Diese müssen darauf drängen, daß der Kampf geführt wird um eine Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Stunde, außerdem um die Beseitigung der Dienstdauervorschriften, für den uneingeschränkten Achtstundentag, für die Verringerung der Lohngruppen von acht auf drei, für die kurze Laufdauer der Tarife.

Die Zeit bis zum Ablauf des Lohnabkommens muß durch eine intensive Arbeit ausgefüllt werden. Die Mobilisierung der Eisenbahner ist mit dem Ziele: Bewilligung dieser Forderungen oder Streik, zu führen. Eisenbahner! Den ersten Schritt habt ihr getan. Jetzt gilt es, mit aller Kraft weiterzuarbeiten. Nehmt in allen Betrieben zur Kündigung des Lohnabkommens Stellung. Trefft sorgfältig alle Vorbereitungen! Bildet vor allem Kampfleitungen!

Freie Gewerkschaften als SPD.-Filialen

In Nr. 8 der „Gewerkschaftszeitung" des ADGB. befindet sich ein Inserat des ADGB.-Ortsausschusses Breslau, der einen Arbeitersekretär sucht. In diesem Inserat heißt es:

„Bewerber müssen mindestens zehn Jahre einer freien Gewerkschaft und je fünf Jahre der Sozialdemokratischen Partei und der Konsumgenossenschaft angehören."

Also in schamloser Offenheit sagen die sozialdemokratischen Führer der freien Gewerkschaften, daß sie als Sekretäre nur Mitglieder der SPD. anstellen. Diese Bedingung selbst ist schon alt, neu ist nur, daß sie jetzt in alle Oeffentlichkeit gestellt wird. Alle Mitglieder der freien Gewerkschaften, die nicht der SPD. angehören, werden von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern als Mitglieder zweiter Klasse behandelt, die zwar Beiträge zahlen sollen, die jedoch kein Mitbestimmungsrecht haben. Die proletarische Demokratie wird von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern mit Füßen getreten.

Diese Zustände können nur geändert werden, wenn sich alle Gewerkschaftsmitglieder, die nicht mit diesem Kurs einverstanden sind, fest um die Opposition scharen.

60-Stunden-Woche als freie Vereinbarung der DMV.-Bürokratie

Alle bisherigen Lohnbewegungen der Metallarbeiter in diesem Frühjahr beweisen, daß die DMV.-Bürokratie ängstlich bemüht ist, Verbindlichkeitserklärungen, die bei den Metallarbeitern in schlechtem Geruch stehen, zu vermeiden. Sie geht immer mehr dazu über, den Wünschen der Metallindustriellen durch freie Vereinbarungen nachzukommen und so, ohne die Arbeiter zu fragen, Tarife abzuschließen, die die Arbeiter auf lange Zeit festlegen und in keiner Weise den Bedürfnissen der gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung tragen. Sie geht dabei sogar so weit, die 60-Stunden-Woche vertraglich festzulegen. Die sozialdemokratische Presse meldet lakonisch folgende Vereinbarung:

„Zwischen den beiden Parteien wurde für die Elektro-, Betriebs- und Installationsfirmen in Baden und der Rheinpfalz dieser Tage ein neuer Rahmentarif abgeschlossen, welcher ab 1. Februar 1929 bis mindestens 31. März 1931 Geltung hat. Hinsichtlich der Arbeitszeit ist festgesetzt, daß unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung eine Ausdehnung der Arbeitszeit auf 54 Stunden in der Woche, mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung auf 60 Stunden in der Woche erfolgen kann."

Das ist der sozialdemokratische „Kampf" um den Achtstundentag. In Württemberg haben sie die Lohnbewegung mit einer freien Vereinbarung abgewürgt, die nicht viel besser aussieht, als der von den Arbeitern mit einer Mehrheit von 93 Prozent abgelehnte Schiedsspruch. In der Pfalz, wo die Reformisten noch weniger Widerstand bei den Arbeitern finden, haben sie den Ausweg der Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches von 1—4 Pfg. für einen Teil der Lohnarbeiter gewählt. 85 Prozent der Akkordarbeiter erhalten nichts.

Die Unternehmer nützen diese jämmerliche Haltung der Reformisten für die rücksichtslose Durchsetzung ihrer Absichten aus. In allen Gebieten Deutschlands haben sie die fälligen Tarife der Metallarbeiter gekündigt. In Köln haben sie jetzt auch zum 31. März das Arbeitszeitabkommen gekündigt, nachdem sie vorher schon das Lohnabkommen gekündigt hatten. Seit einem Jahre war die monatliche Kündigung des Arbeitszeitabkommens möglich. Trotz immer wiederkehrender Forderungen der Arbeiter in den Betrieben, die die 52-Stunden-Woche abschaffen wollten, hat die Bürokratie nicht gekündigt, sondern den Unternehmern die Offensive überlassen. Jetzt beschwert sich die Kölner Ortsverwaltung unter Leitung des Kommunistenfressers Weh darüber, daß durch Pressemeldungen über die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer „die größte Unruhe in den Betrieben" entstehen müsse. Die Unternehmer hatten nämlich in der bürgerlichen Presse bereits ausgeplaudert, daß die DMV.-Führer geneigt seien, den bisherigen Lohntarif unverändert ein bis zwei Jahre zu verlängern. Natürlich ist es den DMV.-Bürokraten unangenehm, wenn die Arbeiter so vorzeitig von ihren verräterischen Absichten erfahren.

In Sachsen wird verhandelt. Die Reformisten haben in Leipzig eine 12-Pfennig-Spitzenforderung erhoben, im übrigen Sachsen 14 Pfennig. Hier kommt ohne Zweifel die Absicht zum Ausdruck, durch geringere Forderungen in Leipzig die höheren Löhne der Leipziger an die niedrigeren Löhne der übrigen sächsischen Metallarbeiter anzugleichen. Irgendwelche Kampfmaßnahmen durch Mobilisierung der Arbeiter in den Betrieben sind nicht getroffen worden. Auch hier versuchen die Reformisten, friedlich und schiedlich mit den Unternehmern zu einer Einigung zu kommen.

Anstatt die Bewegungen der Metallarbeiter in den verschiedenen Bezirken zu einer geschlossenen Front zusammenzufassen und sie zum Stoß gegen die Metallindustriellen anzusetzen, murkst die Bürokratie Bezirk für Bezirk ab, um zu verhindern, daß es überhaupt noch zu Kampfhandlungen der Arbeiter kommt.

Unfall auf Unfall . . .

bei der Firma Beuchelt in Grünberg

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Ein Beispiel für die Sinnlosigkeit des „Ruwo"-Rummels sind die Unfälle des vergangenen Jahres in der Firma Beuchelt u. Co. In diesem Betriebe hängen an allen möglichen Ecken die schauerlichsten Unfallplakate, aber keines derselben hat einen Unfall verhindern können. Im Gegenteil, mit der Anzahl der Plakate und Unfallverhütungskalender vermehrte sich die Antreiberwut der Herren Meister und damit die Anzahl der Unfälle.

Gleich am Anfange des Jahres wurde der Elektriker Hentschel von einem Laufkran zu Tode gequetscht. Zur Verantwortung wurde ein Kranführer gezogen, ein armer Prolet wie der Hentschel. Der Meister, dem die Arbeiten des Hentschel zur Ueberwachung unterstanden, blieb unbehelligt. Nach dem Unfall leere Reden, mehr Plakate, ein paar Warnungsfahnen, und die Meister treiben weiter an. Wenige Wochen später ein zweiter Todesfall. Wieder wird einer zerquetscht, gemordet. Es ist der Kollege Berthold. Wieder dasselbe Ergebnis. Es werden Bildchen gemacht, der Betriebsrat sieht sich die Sache von weitem an, Reden werden geschwungen, und es geht dem nächsten Unfall entgegen.

Wenige Wochen darauf wieder ein Unfall. Der Kollege Heine wird als Verletzter aus dem Betrieb getragen, der Meister Kramer stand während dem Unfall in Haltung „rührt euch" dabei. Und so reihen sich die Unfälle aneinander, dem einen werden die Hände verbrannt, der Meister Kranz wäscht seine Hände in Unschuld — dem anderen wird der Fuß schwer verletzt. Die Aufsicht kann wohl gut antreiben, aber für geeignete Transportgeräte sorgt sie nicht.

Und so wird es weiter gehen, die Unfallziffern werden weiter steigen, bis die Arbeiter daran gehen werden, das heutige profitgierige Wirtschaftssystem aus der Welt zu schaffen. Die heutige Wirtschaftsordnung hat keine Mittel für wirksamen Arbeiterschutz übrig, sie ist reif, beseitigt zu werden. Arbeiter, tretet ein in die Reihen derer, die für die Beseitigung der Ausbeuterwirtschaftsordnung kämpfen. Hinein in die Kommunistische Partei! Lest die Zeitung, die für euch eintritt, die „Arbeiter-Zeitung"!

„Großer Tag" im Breslauer Stadtparlament!

Krach in der SPD. — Vertagte Stadtratswahlen — Der Etat um eine halbe Million überschritten — Eine Erklärung des Renegaten Reim gegen die Partei — Erwerbslosendebatte — Konflikt der Stadt mit den Bezirksärzten — Entschließung des Stadtparlaments gegen das Konkordat!

ad. Breslau, den 8. März.

Großer Tag im Stadtparlament. Die Stadtratswahl und der dadurch hervorgerufene Krach in der SPD., die Mandatsniederlegung der Ruffert und Konsorten, wird im Sitzungssaal und im Restaurant eifrig diskutiert. Krisenluft! Geschäftig eilt Eckstein im Saale umher, bald mit seinem Genossen Stadtverordnetenvorsteher Bandmann, bald mit Krumm, dann mit Schramm, dem im Zuhörerraum der Entscheidung harrenden Stadtratskandidaten konferierend. Endlich Aufatmen in der SPD. Die Wahl des Stadtrats ist vertagt. Acht Tage Zeit gewonnen zum Schieben, zum Kleistern und Einseifen der über die Bonzenrebellion empörten SPD.-Arbeiter. Auch abgesehen von der Stadtratswahl war gestern ein großer Tag im Stadtparlament. Fast alle Tagungsordnungspunkte riefen langatmige Debatten hervor, bei der die Geschwätzigkeit seniler Stadtgreise Triumphe feierte. Schon die belanglose Aenderung des Ortsstatuts über die Hundesteuer gab Anlaß zu endlosen Quatschereien. Einen

Sturm im Wasserglas

gab es bei der Behandlung der Vorlage des Magistrats, in der um Zustimmung ersucht wurde, daß der Haushaltsplan der Geschäftsunkosten für 1928 um

546 705 Mark verstärkt wird.

Eine halbe Million mehr für Geschäftsunkosten! Ein Pappenstiel für Breslau, sagten sich die Magistratsbürokraten, behandelten diese „Kleinigkeit" als Auslagesache und muteten der Stadtverordnetenversammlung zu, diese Vorlage zu schlucken. Das war denn auch für die Breslauer Stadtverordneten ein bißchen zu starker Tobak. Die SPD. und alle anderen bürgerlichen Fraktionen schickten ihre Redner vor, die das Verhalten des Magistrats als Verletzung des Beschlußrechtes der Stadtverordneten kritisierten. Hierbei wurde

die „Sparsamkeit" der städtischen Verwaltung

wieder einmal grell beleuchtet. In der Nachforderung sind u. a. einbegriffen 15 150 Mark für die Anschaffung von zwei Mercedeswagen. Die Notwendigkeit dieser Anschaffung wird wie folgt begründet:

„Zur ständigen Beaufsichtigung der Bautätigkeit und des Reklamewesens in den eingemeindeten Gebieten sollen für die Baupolizei zwei Mercedes-Personenkraftwagen angekauft werden, da einerseits die Feuerwehr nicht in der Lage ist, regelmäßig Kraftwagen zu stellen, andererseits aber sehr viele Baustellen durch schnelle Verkehrsmittel nicht erreichbar sind."

Zwei Autos also zur Beaufsichtigung der Bauten in den eingemeindeten Gebieten! Genosse Adelt stellte dieser „Großzügigkeit" die Sparsamkeit des Magistrats bei Forderungen der Erwerbslosen gegenüber. Da hat es nie die „nötigen Mittel", hier aber wird der Etat, entgegen den Beschlüssen der Stadtverordneten, um eine halbe Million überschritten. Genosse Adelt wies darauf hin, daß einige Magistratsmitglieder ohne Autos nicht mehr auskommen wollen. **Selbst für die geringe Entfernung vom Rathaus bis zur Sparkasse nehmen sie Dienstwagen in Anspruch!**

Nachdem alle Redner die Vorlage unter die Lupe genommen hatten, griff der Oberbürgermeister zweimal in die Debatte ein, erst recht ungeschickt, dann beschwichtigend. Ungefähr so: Kinder, beruhigt euch, es wird nicht mehr vorkommen. In Zukunft werden solche Nachforderungen nicht als Auslagesachen, sondern als Vorlagen behandelt werden. Die Mehrforderungen verteidigte er mit dem Hinweis auf die großen Kosten durch die Eingemeindung. Bujakowski von den Deutschnationalen ließ die Einwände des „Obers" nicht gelten. Eckstein, als Führer der größten Fraktion, der zum Schluß sprach, lenkte ein und erklärte: Wir sind ja gar nicht so. Unsere Empörung wäre nicht so groß, wenn wir in der Behandlung der Vorlage nicht eine Verletzung unseres Beschlußrechtes erblicken würden. Es war wie in einer Kinderstube. Der „Große" entschuldigte sich, die „Kleinen" waren wieder brav. Die Vorlage wurde an den Ausschuß überwiesen und wird — wir kennen unsere Pappenheimer — geschluckt werden.

Renegat Reim entpuppt sich

Im Auftrag seiner Fraktion schlug der „linke" Krumm für die Untersuchungskommission zur Aufklärung der wiederholten Störungen im städtischen Elektrizitätswerk eine fünfzehngliedrige Kommission vor, darunter unseren Genossen Adelt und, bezeichnenderweise auch den aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Stadtverordneten Reim. Genosse Adelt stellte an Krumm die Anfrage, welche Fraktion Herr Reim vertrete und verlangte besondere Abstimmung. Als einige SPD.-Größen bei der Mitteilung über Reims Ausschluß aus der KPD. laut lachten, wurden sie von unseren Genossen gebührend abgefertigt. Genosse Adelt erinnerte die SPD. an den Krach in ihrer Fraktion und die Niederlegung von vier Stadtverordnetenmandaten. Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen, sagte Genosse Adelt und brachte die Lacher und Zwischenrufer zum Schweigen.

Die Anfrage des Genossen Adelt beantwortete Herr Krumm mit dem Geständnis der Liebe seiner Fraktion zu Reim. Wörtlich erklärte er:

„Es gibt keine Bestimmung der Geschäftsordnung, die mich hindern könnte, Herrn Reim, der mir und meiner Fraktion angenehm ist, in den Ausschuß vorzuschlagen. Ich halte Herrn Reim durchaus für befähigt und geeignet, im Ausschuß die Interessen seiner Fraktion zu vertreten."

Der derzeitige inoffizielle Hospitant der SPD., Herr Walter Reim, der kürzlich, wie die „Schlesische Zeitung" berichtet hatte, sich auch meistbietend der Mieterfraktion angeboten hatte, zeigte sich dieser Liebe der SPD.-Fraktion durchaus wert. Zwar versicherte er anfangs im Brustton der Ueberzeugung, daß er sich weder der SPD. noch der Mieterfraktion als zugehörig betrachte, sondern sich als Vertreter der „oppositionellen KPD.-Mitglieder Breslaus fühle".

Dann aber verspritzte er seinen Geifer gegen die Partei, deren Vertrauen er mißbraucht hatte. Er bezeichnete die Politik der Kommunistischen Partei als eine „selbstmörderische" und wies zur Freude der Bürgerlichen und der SPD. auf die seiner Ansicht nach schlechte Beteiligung der Breslauer Erwerbslosen bei der Demonstration zum Reichserwerbslosentag hin. Seine Haßrede gegen die Partei der proletarischen Revolution schloß Reim mit der geistreichen Feststellung, daß zum Kommunisten nicht nur ein Mitgliedsbuch, sondern ein Kopf gehöre. (Dieser „Kopf" sitzt natürlich nur auf den schmalen Schultern des Herrn Reim.) Die Kommunistische Partei habe, rief er mit Emphase aus, die Köpfe abgeschlagen. Stürmisches Gelächter der gesamten Versammlung war die Antwort auf die mit unnachahmlicher Wichtigtuerei und Gespreiztheit vorgetragene Erklärung des Renegaten Reim.

Herr Reim wurde mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten gewählt, was Herrn Messe-Wolf zu der Bemerkung veranlaßte: „Herr Reim besitzt das Vertrauen des ganzen Hauses."

Die Kommunisten für sofortige Hilfe für Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger

Nach dem Renegatengastspiel Reim kam folgender Antrag unserer Fraktion zur Behandlung:

Die letzte Kältewelle hat in Breslau bei den Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern katastrophale Auswirkungen gehabt. Die Kohlen- und Lebensmittelnot ist bei diesen Schichten der Breslauer Bevölkerung ins Ungeheuerliche gestiegen.

Um die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu beschaffen, mußten Schulden gemacht oder der letzte Gegenstand ins Leihhaus verpfändet werden. Damit ist eine außerordentliche Verschuldung dieser Kreise eingetreten. Besonders erschreckend ist die Lage der kinderreichen Familien, deren Ernährer erwerbslos oder Unterstützungsempfänger des Wohlfahrtsamtes ist. Gegenüber dieser ungeheuerlichen Not waren die Fürsorgemaßnahmen der Stadt Breslau gänzlich unzureichend.

Die Unterzeichneten beantragen, daß zur Abwendung weiterer Verelendung der Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sofortige außerordentliche Hilfsmaßnahmen durch die Stadtgemeinde Breslau beschlossen und durchgeführt werden.

Diese Hilfsmaßnahmen sollen bestehen in:

1. unentgeltlicher Hergabe von Bekleidungsstücken,
2. ausreichender Belieferung mit Kohlen und Lebensmitteln,
3. Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe zur Abdeckung der durch die Wintersnot entstandenen Schulden.

Außerdem stellten unsere Genossen noch in der gestrigen Sitzung folgenden Zusatzantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen,

zu 1: **den Beschluß der Dezernentenkonferenz des Wohlfahrtsamtes vom 24. Januar 1929, „Kleidung nur in Ausnahmefällen und unter Anrechnung der Unterstützung zu gewähren", aufzuheben;**

zu 2: **die Verteilung der Lebensmittel- und Kohlenmarken an alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Erwerbslose mit eigenem Hausstande auszudehnen;**

zu 3: **den Erwerbslosen der Gruppen 1—6 des Gesetzes für AVAVG, den Zusatzunterstützungsempfängern des Wohlfahrtsamtes, den ausgesteuerten Erwerbslosen und den Unterstützungsempfängern des Wohlfahrtsamtes eine Beihilfe zu gewähren. Diese Beihilfe soll betragen:**

für den Hauptunterstützungsempfänger 30 Mark, für dessen Ehefrau 20 Mark und für jedes im Haushalt lebende Kind unter 14 Jahren 10 Mark.

Als Stichtag gilt der 15. Februar 1929.

Der „linke" Lehrer Pietsch, der im Auftrag der SPD. sprach, bezeichnete den kommunistischen Antrag als „Agitationsantrag" und seine Fassung als unklar. Dabei leistete er sich den „Witz", zu behaupten, man könne aus dem Antrage nicht ersehen, ob Adelt unter notwendiger Kleidung nicht auch Frack und Zylinder für Besuche in der Sowjetbotschaft verstehe. **Nun, wir glauben, die frierenden und hungernden Breslauer Erwerbslosen werden für die Witze des Herrn Pietsch sehr wenig Verständnis haben und ihm einmal recht deutlich klarmachen, was sie unter notwendiger Kleidung verstehen.** Eine noch tollere Provokation der Erwerbslosen leistete sich der Wirtschaftsparteiler Kirchhof, der sich zu der Behauptung verstieg, die meisten Teilnehmer am Sechstagerennen seien Erwerbslose. **Es gäbe sogar Breslauer Erwerbslose, die 5 Mark für einen Platz anlegen!**

Genosse Adelt nagelte diese unverschämte Provokation gebührend fest und schilderte treffend das Elend der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger. Herrn Reim erinnerte Adelt daran, daß tausende Erwerbslose infolge zerrissener Schuhe und zerschlissener Kleidung an der Demonstration der Erwerbslosen am Schloßplatz infolge der Witterung nicht teilnehmen konnten. Der Antrag unserer Fraktion wurde trotz des Widerspruchs von Genossen Adelt, der darauf hinwies, daß Ausschußberatung Verschleppung bedeutet, dem Ausschuß überwiesen.

Gegen das Konkordat

SPD.-Stadtverordnete gegen ihre Minister

Hohn des Zentrums und der Deutschnationalen — Erklärung der kommunistischen Fraktion

Im Namen seiner Fraktion begründete SPD.-Stadtverordneter Pietsch folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht die preußische Staatsregierung, die schwebenden Verhandlungen mit dem Episkopat über ein abzuschließendes Konkordat abzubrechen. Der Abschluß eines Konkordats dürfte zweifellos eine hohe, schwer zu verändernde, finanzielle Belastung des Staatshaushalts bedeuten. Die Stadtverordnetenversammlung befürchtet, daß durch solche Abmachungen der so dringend notwendige Finanzausgleich immer weiter hinausgeschoben und auch eine neue Belastung der Gemeinden durch Verkürzung ihrer Einkünfte wahrscheinlich wird. Die voraussichtlichen Beträge sind vielmehr den notleidenden Gemeinden im Osten Deutschlands zum Zwecke des Wohnungsbaues oder zur Erfüllung kultureller Aufgaben zu überweisen."

Kleinbürgerlich-dürftig wie der Antrag war auch die Begründung des Pietsch. Zentrum und Deutschnationale schütteten ihren Hohn über den sozialdemokratischen Redner aus, warfen der Politik seiner Partei Doppelzüngigkeit vor und fragten Herrn Pietsch, warum er den Umweg über das Stadtparlament wähle und sich nicht direkt an seine Ministergenossen wende.

Genossin Hahne kennzeichnete den Widerspruch zwischen den Worten und Taten der SPD. und deckte die tieferen Gründe des Konkordats auf und gab nachstehende Erklärung ab:

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird dem sozialdemokratischen Antrage auf Ablehnung des Konkordats zustimmen. Sie weist jedoch darauf hin, daß die KPD. nicht nur wegen der finanziellen Belastung der Gemeinden, sondern aus grundsätzlicher Gegnerschaft den Bestrebungen auf Abschluß eines Konkordats den schärfsten Widerstand entgegensetzen wird.

Die KPD. erblickt in dem Abschluß eines Konkordats eine auf Gegenleistungen beruhende staatliche und kirchliche Interessengemeinschaft, die sich zum Ziele stellt, mit Hilfe des Klerikalismus die werktätigen Massen mit einer kirchen- und staatstreuen Ideologie der kapitalistischen Ausbeutung gefügiger zu machen. Abgesehen von ungeheuerlichen finanziellen und materiellen Leistungen des Staates an die Kirche würde ein Konkordat der römisch-katholischen Kirche und den übrigen Kirchengesellschaften eine kulturelle Vormachtstellung vornehmlich in schulpolitischer Hinsicht einräumen und damit der Verkirchlichung und Zersplitterung des gesamten Schulwesens den günstigsten Vorschub leisten.

Die SPD. hat bisher keine entscheidende Stellung gegen den Konkordatsschacher ihrer preußischen Minister eingenommen. Durch ihre Koalitionspolitik in Preußen und im Reiche ist sie die Gefangene der bürgerlichen Parteien, besonders des Zentrums, welches mit allen Mitteln auf baldigen Abschluß eines Konkordats drängt.

Nicht allein durch Abstimmungen in den Parlamenten, sondern durch den Massensturm der revolutionären Arbeiterschaft wird der Abschluß eines Konkordats mit seinen Auswirkungen verhindert werden.

Breslau, den 20. Februar 1929.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion.

Die sozialdemokratische Entschließung wurde mit einer knappen Mehrheit — bei einigen Enthaltungen der Mieter und der Wirtschaftspartei — angenommen.

Zum Schluß der sich bis in die zehnte Stunde ausdehnenden Sitzung wurde der Konflikt der Stadt mit den Bezirksärzten behandelt. Die kommunistische Fraktion präzisierte ihren Standpunkt durch Einbringung folgenden Dringlichkeitsantrages:

„Nach dem vorliegenden Dringlichkeitsantrage plant das städtische Wohlfahrtsamt eine Aenderung der ärztlichen Fürsorge seiner Schützlinge. Das bisherige Bezirksarztsystem war eine gänzlich unzulängliche Einrichtung. Durch Anstellung einiger Aerzte wird der jetzige Zustand wenig geändert, ja zum Teil noch verschärft werden. Die Unterzeichneten beantragen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, baldigst eine Vorlage zu schaffen, nach der den Schützlingen des Wohlfahrtsamtes eine ärztliche Fürsorge nach den krankenversicherungsgesetzlichen Vorschriften durch die Stadt gewährleistet wird".

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Zu erwähnen ist noch, daß eine Vorlage, **Festsetzung des** Gehalts für den Stadtbaurat, gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion [illegible] wurde.

Achtung, Massen heraus!

Zu der Kundgebung am Sonntag um 10 Uhr im Zirkus Busch treten die Mitglieder der Partei, des RFB. und der RJ. wie folgt mit Fahnen an: Ost (Abt. 1) Webskyplatz; Nordost (Abt. 2) Laurentiusplatz; Nord (Abt. 3) Waterlooplatz; Süd (Abt. 6) Janke, Friedrichstraße; Zentrum (Abt. 5) Turmhof; West (Abt. 4) Striegauer Platz.

Achtung, Funktionäre!

Unser Kampf gegen die Verschlechterung der Strafgesetzgebung

Am Montag, dem 11. März, 20 Uhr, im „Hubertussaal" spricht Genosse Obuch, MdL., über das von der deutschen Bourgeoisie vorbereitete reaktionäre neue Strafgesetzbuch. Alle Funktionäre der Partei, Jugend, des RFB. und aller anderen revolutionären Organisationen müssen unbedingt erscheinen.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

— Stadtteil Nordost. Straßenzellenkassierer sofort abrechnen!
— Stadtteil Süd. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung Straßenzelle 2 bei Funke, Zedlitzstraße 12.
— Stadtteil West. Freitag 19,30 Uhr Generalmitgliederversammlung bei Graf, Westendstraße 37. Thema: „2. Fortsetzung der 6. Weltkongreß."
— Stadtteil Nord. Freitag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Schneider, Rosenstraße.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

— Gruppe Lenin (Süd). Sonntag 11 Uhr am Sonnenplatz Treffpunkt zur Landpropaganda.
— Freitag 20 Uhr Generalmitgliederversammlung im „Hubertussaal". Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Schriften. Alle Zuschriften an Ernst Wollweber, MdL., Breslau 6, Feldstraße 50 (Abt. Jugend).

Jung-Spartakus-Bund

Breslau

— Ortsgruppe Breslau. Sonntag 10,30 Uhr Gesamtfunktionärsitzung im Lokal Wagner, Messergasse 34.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau

— RFB. und Rote Jungfront! Alle Kameraden beteiligen sich in Bundeskleidung an der Kundgebung am Sonntag 10 Uhr im Zirkus Busch. Die Abteilungen marschieren geschlossen mit Fahnen an. Sammelplätze: Abt. 1: Webskyplatz; Abt. 2: Laurentiusplatz; Abt. 3: Waterlooplatz; Abt. 5: Turmhof; Abt. 6: bei Janke, Friedrichstraße.
— Abt. 4. Sonntag 8,30 Uhr treffen sich alle Kameraden in Bundeskleidung am „Anglerheim", Leubenstraße.
— Abt. 6. Sonntag 9 Uhr alles bei Janke in Bundeskleidung zur Beteiligung an der Veranstaltung im Zirkus Busch.
— Abt. 6. Freitag 19 Uhr bei Sauer Kapelle üben. Funktionäre für Sonnabend freihalten.

Altwasser. Freitag 19,30 Uhr im „Eisernen Kreuz" Kameradschaftsabend.

Untergau Görlitz. Wochenendschule am 9. und 10. März in Görlitz im bekannten Lokal. Vertreter der Bundesführung anwesend. Alle Ortsgruppen des Untergaues müssen ihre Vertreter schicken.

Rote Jungfront

Breslau

— Breslau. Freitag 20 Uhr öffentlicher Kameradschaftsabend im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße.

Waldenburg. Sonntag 9 Uhr im „Eisernen Kreuz", Altwasser, Generalmitgliederversammlung.

Waldenburger Bergland

Statt besser — immer schlechter

Ein Bergmann schreibt uns: Es vergeht ein Monat nach dem anderen, und die Löhne der Bergarbeiter werden statt besser, immer schlechter. So wurden in der 13. Abteilung im Julius-Schacht im Monat Januar die Löhne auf ungefähr 6,80 Mark berechnet, und im Februar nur auf reichlich 6,50 Mark. — Daß diesen Monat wieder nichts verdient wird, ist aus dem Gedinge zu ersehen. Zum Monatsschluß müssen immer wieder die Drittelführer vor die Herren Beamten treten und betteln, damit sie nur ein paar Pfennige mehr bekommen, als das Tarifmindestlohn vorsieht. Wie sieht es aber mit der Arbeit aus? Die Beamten versuchen immer von neuem, die Arbeiter anzutreiben. Sogar in der Nacht haben sie keine Ruhe und fahren in die Grube (also zwei Schichten an einem Tage), um nur zu sehen, was die wenig berechnete Zimmerung leistet. Zwei Flöze mußten im vorigen Monat stillgelegt werden. Die 25flözige Strecke war dermaßen zugebrochen, daß sie nicht mehr bewältigt werden konnte, und der Streb muß stehenbleiben. Das 26. Flöz muß stehenbleiben, weil es nur ein Mohnsemmelflöz ist und zuviel Berge in den Kohlen geschickt werden. Die Gedinge werden auch so gesetzt, daß den Arbeitern keine Zeit zum Bergeauslesen übrig bleibt. So wurden die ganzen Vorarbeiten zum Abbau eines Flözes gemacht und jetzt bleibt es auf einmal stehen, doch nur, weil die hohe Leistung nicht aufzubringen ist. Wer den Beamten einmal ein paar Worte sagt, der wird in eine andere Abteilung rangiert. Die Steiger können nämlich keinen leiden, der ihnen widerspricht oder der mit dem Antreibersystem nicht einverstanden ist. Die Beamten glauben, daß nur sie zu reden haben und daß es wie in der Kirche sein muß, wo der Pfarrer predigt: „Ich trinke für euch alle" und „Ich esse für euch alle", aber ja nicht: „Ich arbeite für euch alle!". In der Grube geht es manchmal zu, als ob man in einem Kuhstall wäre oder in einem Zoo. Es wird mit Ausdrücken herumgeschmissen, die anderswo selbst im Umgang mit Tieren nicht gebräuchlich sind.

Bergarbeiter, es ist Zeit, die Abwehr zu organisieren. Wählt revolutionäre Betriebsräte! Bereitet eine zwischentarifliche Lohnbewegung vor!

IAH.-Unterbezirk Waldenburg

Die Unterbezirkskonferenz findet am Sonntag, dem 10. März, im „Edelstein", Waldenburg, statt. Alle Delegierten müssen um 9 Uhr pünktlich zur Stelle sein.

Auflösung des Ober-Salzbrunner Parlaments

In der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertretersitzung von Ober-Salzbrunn wurde bekannt, daß drei weitere bürgerliche Gemeindevertreter ihre Aemter niederlegten. Jede stürmische Sitzung kostete den Bürgerlichen mehrere Mandate, so daß sie jetzt keine Nachrücknandidaten haben. Dieser Umstand veranlaßte sie, die Auflösung des Parlaments zu beantragen. Die Sitzung sollte sich mit dem Zwangsetat für 1928 beschäftigen. Nach längerer Debatte gab der Fraktionsführer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eine Erklärung ab und verschwand mit seinen Getreuen aus dem Saal. Die zahlreich anwesenden Zuhörer sparten mit Beifall nicht, da sie mit der in Aussicht stehenden Neuwahl durchaus einverstanden waren.

Oberes Revier

Gottesberg. Alle Genossen erscheinen am Sonntag, dem 10. März, 14 Uhr, im „Schützenhause" zu einer kurzen Besprechung.

Landeshut

IAH.-Nachrichten. Die erst seit kurzem bestehende Ortsgruppe Liebau feiert am 9. März im Gewerkschaftshaus ihr 1. Stiftungsfest. An die Mitglieder der übrigen Ortsgruppen im Unterbezirk ergeht der Aufruf, daran teilzunehmen und die ganze Ortsgruppe nach besten Kräften zu unterstützen. Die Ortsgruppe hat es sich angelegen sein lassen, mit einem guten Programm aufzuwarten, auch für gute Musik ist gesorgt. Auf, nach Liebau!

Solidarität übten die IAH.-Bezirke Berlin-Brandenburg und Essen, indem sie der Ortsgruppe Landeshut der IAH. eine große Kiste mit brauchbaren und sehr gut erhaltenen Bekleidungsstücken zukommen ließen. Damit war es möglich, 17 kinderreiche Familien teilweise einzukleiden. Uebereinstimmend äußerten sich die Beschenkten, daß die hiesige Arbeiterschaft derartige Kleidung erst gar nicht Sonntags anzuziehen hätte. Im Gegensatz zur „Berliner-Tageblatt-Spende", die Stehkragen Nr. 46 für die Notleidenden übrig hatte, waren es hier Spender, die die Nöte der Arbeiterschaft kannten und wußten, woran es am meisten fehlt, nämlich an warmer Kleidung.

Ein öffentlicher Kameradschaftsabend des RFB. findet am Sonnabend um 20 Uhr im Gasthaus „Zur Sonne" statt. Gäste willkommen. Kamerad Walter spricht über Faschismus.

Niederschlesien

Görlitz

Freitag, den 15. März
findet im „Konzerthaus" eine

Märzgefallenen-Feier

statt. / Eintrittspreis 50 Pfg.
Erwerbslose 25 Pfg.
Programms im Vorverkauf
Lunitz 6, Geschäftsstelle.

RFB., Untergau Görlitz. Wochenendschule am 9. und 10. März im bekannten Lokal. Vertreter der Bundesführung anwesend. Alle Ortsgruppen des Untergaues müssen ihre Vertreter schicken.

Mit Kaffeee und Kuchen zum Sozialismus!

Die Not der alten Leute geschickt ausnutzend, ist nun die SPD. endlich auf den guten Gedanken gekommen, die Arbeiterwohlfahrt, die ja als „überparteilich" von der SPD. gepriesen wird, vor ihren im Koalitionsdreck steckengebliebenen Parteikarren zu spannen. Um neue Mitglieder zu gewinnen, muß die Arbeiterwohlfahrt sogenannte „Alten-Abende" veranstalten. Die alten Leute, die froh sind, sich für einige Stunden mal in einem geheizten Raum aufhalten zu können, erscheinen natürlich zahlreich, da ja der Name „Arbeiterwohlfahrt" schließlich ahnen läßt, daß auch etwas zum Essen verabreicht wird. Kommunistenverdächtige alte Leute hat man allerdings nicht eingeladen. Die lassen sich ja nicht für die SPD. einfangen. Am 27. Februar fand im „Volkshause" wieder mal so ein „Alten-Abend" statt. Jeder geladene Gast erhielt vier Pfannkuchen mit Bohnenkaffee, außerdem noch etwas Teegebäck; später gab es noch Kartoffelsalat mit Wurst. Die Hauptattraktion stellte aber ein bebrillter junger Mann dar, der sich lebhaft auf der politischen Eselswiese tummelte. Dieses neue Kind von der Luisenstraße hatte offenbar den Befähigungsnachweis zu erbringen, daß es trotz seiner Jugend schon imstande sei, die alten, erprobten Kommunistenfresser noch zu überbieten. Unter anderem Blödsinn erzählte er, die Kommunisten im Reichstage ließen sich von den Deutschnationalen bestechen. Einige Alte sollen sich an diesem Unsinn gestoßen haben, sie schwiegen aber mit Rücksicht auf den empfangenen Kuchen und die Würstchen. Wir gönnen gewiß den alten Leuten das bißchen Essen, aber wir müssen uns dagegen verwahren, daß man die Not der Aermsten der Armen zu solchen Zwecken mißbrauchen will. Die Arbeiterwohlfahrt, die sich nicht genug darin gefallen kann, auf die Rote Hilfe und die Internationale Arbeiterhilfe Schmutz und Verdächtigungskübel auszuschütten, ist wieder einmal als grenzenlose Heuchlerin und Zutreiberin der SPD. entlarvt worden.

Satirus.

Ein Arbeiter schreibt uns: Ein netter Frauenarzt scheint Herr Dr. Schneider zu sein. Meine Frau ist bei ihm in Behandlung. Sie ist den ganzen Sonntag halbwegs wohlauf gewesen, bekam aber gegen 22 Uhr, als ich schon im Bett lag, einen Anfall nervöser Schwäche. Ich schickte deshalb einen Boten zum Arzt. Aber der hatte scheinbar wenig Lust zu kommen. Er fragte: „Ist es damit wirklich so nötig? Ich bin gerade zu Hause, da werde ich schon wieder geholt." Als er dann doch endlich kam, war der Anfall vorüber. Nun stellte mich der Arzt hin, als hätte ich ihn veralbern wollen und schimpfte in der Stube herum. Auf meine Bemerkung hin, daß ich doch Laie sei und kein Arzt, wußte er weiter nichts einzuwenden als das: „Wenn es auf dem Dorfe und der Arzt zwei Stunden entfernt wäre, dann hätte es auch bis zum anderen Morgen gehen müssen." — Nun frage ich den Arzt öffentlich an: Sind die Aerzte für die Kranken oder die Kranken für die Aerzte da? Jedenfalls schicke ich das nächstemal zum Tierarzt, energischer kann der auch nicht sein. Aber es war ja nur ein Arbeiterweib, da man sich das erlauben. Krankenkassenmitglieder sind eben Patienten zweiter Klasse.

Grünberg

Stiftungsfest der RFB.-Ortsgruppe Grünberg.

Am Sonnabend, dem 9. März, begeht der RFB. im Luisenthal sein Stiftungsfest, bestehend in Rezitationen, Theater, Preisschießen und Tanz. Eintritt 50 Pfennig. Die Arbeiterschaft sowie die sympathisierende Geschäftswelt werden zu dieser Veranstaltung bestens eingeladen. **Die Ortsleitung.**

Wasserversorgung mit Hindernissen.

Die Folgen der bitteren Kälte machen sich auch bei uns recht übel bemerkbar. Es gibt fast keine Straße mehr, wo nicht die Wasserleitung eingefroren ist. Das städtische Wasserwerk hat nun eine größere Anzahl von Wassertonnen angekauft, um so die Bevölkerung mit Trinkwasser versorgen zu können. Zu bedauern sind dabei allerdings die Kutscher, die in notdürftiger Kleidung den ganzen Tag herumfahren müssen. Ein Fuhrunternehmer müßte doch ein Einsehen haben und wenigstens für eine paar warme Holzschuhe Sorge tragen. Wir glauben doch bestimmt, daß die Stadtverwaltung ihm seine Gespannstellung anständig bezahlt. In den letzten Tagen ist auch ein Gespann durchgegangen, weil die Pferde nicht gefüttert wurden. Es müßte doch möglich sein, daß der Kutscher mal ausspannen und füttern könnte.

Die armen, notleidenden Apotheker.

Unter der außergewöhnlich lange anhaltenden Kälte haben außer den Kohlenhändlern auch die Apotheker durch die vielen Krankheitsfälle zu „leiden". Einem armen Proleten zerschlägt im Fieberwahn sein schwer erkranktes Kind das Thermometer. Gegen 20,30 Uhr verlangt er in der Kronenapotheke einen Ersatz. Zu seinem Schrecken muß er statt 1,80 Mark — 2,80 Mark bezahlen. Auf sein Befragen wird ihm erklärt, eine Mark käme auf jeden Gegenstand als Nachtzuschlag! Wir können den Arbeitern nur empfehlen, ihren Bedarf rechtzeitig in den Drogerien oder Krankenkassen zu decken, damit sie keine „Apothekerpreise" zahlen brauchen.

Internationaler Bund.

In Grünberg ist eine Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit ins Leben gerufen worden. Die Mitglieder werden unentgeltlich bei Rentenanträgen, Terminen sowie sämtlichen Interessenangelegenheiten bei den Behörden oder vor Gericht vertreten. Anmeldungen nehmen entgegen die Kollegen Stadtrat Fabich, Berliner Straße 67, Heinrich Lehmann, Züllichauer Chaussee, Paul Laube, Burgstraße 5, Oskar Kosmieder, Bergstraße. Es kann jeder Kriegsbeschädigte, Arbeitsinvalide sowie Rentner Mitglied werden.

Bunzlau

Kreisausschuß. Genosse Gabel stellte als Kreistagsmitglied am 15. Februar an den Kreisausschuß den Antrag auf Bewilligung von 10 000 Mark als Wirtschaftsbeihilfe für die Erwerbslosen des Kreises. In der Kreistagssitzung vom 21. Februar forderte derselbe zwei Zentner Kohle für Februar und März für alle Erwerbslosen mit eigenem Haushalt. Durch die Anweisung des Kreisausschusses erhalten die verheirateten Erwerbslosen bis Lohnklasse 8: 10 Mark, die Ledigen: 8 Mark Wirtschaftsbeihilfe, außerdem einen Zentner Kohle oder den Geldwert.

Hallo! Die Trommler

spielen anläßlich der Märzgefallenen-Feiern!

Friedland am 14. März 1929
Altwasser am 15. März 1929
Breslau am 16. März 1929
Gottesberg am 17. März 1929

Lauban

Bekanntmachung.

Da der Ortsausschuß der freien Gewerkschaften den Saal des „Volkshauses", der dem Roten Frontkämpferbund zum Märzaufgebot zugesprochen war, vierzehn Tage vor der Veranstaltung gesperrt hat, muß das Märzaufgebot um acht Tage verschoben werden und findet deshalb am 16. März 1929, bei Postler, Kerzdorf, statt. Da bereits mehrere hundert Programme im Vorverkauf verkauft sind, ist eine Aenderung nicht mehr möglich, und deshalb behalten die Programme, auf denen „Restaurant Volkshaus" steht, bei Postler, Kerzdorf, ihre Gültigkeit.

Programme sind noch bei allen Kameraden zum Preise von vierzig Pfennig erhältlich. Wir erwarten von der Laubaner Arbeiterschaft einen Massenbesuch zu unserer Veranstaltung, und bitten, vom Vorverkauf regen Gebrauch zu machen.

Liegnitz

Achtung!

Sonntag, den 10. März, dritter Werbetag für die „Arbeiter-Zeitung", verbunden mit Programmverkauf für den RFB. zur Märzgefallenen-Feier. Jeder Genosse muß es sich zur Pflicht machen, bis zum 31. März noch einen neuen Abonnenten für unsere Zeitung zu werben, darüber hinaus muß jeder einen Wochenendleser werben.

In der letzten Woche wurden im Straßenhandel über 1000 „A.-Z." umgesetzt. Genossen, beteiligt euch alle, um diese Zahl zu halten und, wenn möglich, noch zu erhöhen!

Die Bombe ist geplatzt.

Der Erwerbslosenausschuß hatte am Dienstag ein Plakat am Arbeitsamt angebracht, mit dem man zur Erwerbslosendemonstration für Donnerstag aufrief. Das war doch dem Ortsausschuß zuviel des Guten, erstens ein große Versammlung ohne den Ortsausschuß, und jetzt noch eine Demonstration, das kann man doch nicht so ohne weiteres mit ansehen. Darum schreit man. Ja, das gefällt euch wohl nicht, daß man den Arbeitern die Wahrheit sagt über euch? Das ist so die Taktik der Bonzen, über ein Gewerkschaftsmitglied herzufallen mit Namen wie „dunkles Element", wie es Lüders in seiner Wut so in der Nummer 56 zum Ausdruck brachte. Der zurzeit hier weilende Genosse Töpfer scheint Herrn Lüders sehr auf die Nerven gefallen zu sein, vor allem durch die letzte Metallarbeiterversammlung. Die Erwerbslosen müssen demonstrieren, denn die SPD. denkt gar nicht daran, etwas für die Erwerbslosen zu tun.

Die Behörden erkennen den gewählten Erwerbslosenausschuß wiederum nicht an. Der Ortsausschuß bemühte sich jetzt wieder, von den Behörden endlich Antwort zu erhalten, was aus den Anträgen geworden ist, die das Stadtparlament an den Ausschuß verwies. Daraufhin erklärte man von seiten Jänsch: „Wenn kein Vertreter des Ortsausschusses mit zur Verhandlung kommt, lehnt er überhaupt ab, jegliche Auskunft zu geben." Wegen dieser provokatorischen Haltung demonstrieren am Donnerstag elf Uhr alle Erwerbslosen.

Städtische Mietshäuser 128—132 a.

Wir sehen uns veranlaßt, einige Mißstände anzuprangern. Da die Klosettanlagen eingefroren sind und das Wasser aus den Rohren in den Decken und Wänden sich ausbreitet, müssen wir eine Warnung an das Grundstücksamt auf diesem Wege ergehen lassen. Es ist bereits eingetreten, daß die Klosettdecken und Entreedecken brüchig geworden und große Stücke herausgefallen sind. Der vom Magistrat gesandte Beamt hat allem Anschein nach alles in Ordnung befunden. Er gab den guten Rat, einige Tage die Petroleumlampe in den Klosetts brennen zu lassen. Hört! Hört! Die Mieter sind gezwungen, ihre Notdurft in Gefäße zu verrichten oder in die nächste Neubaustelle zu gehen. Es werden auch Beschwerden von den Anliegern laut über diese unangenehmen Ueberbleibsel. Wir warten auf Antwort!

Aus dem Riesengebirge

Bad Warmbrunn. Ein aufregender Vorfall hat sich kürzlich auf dem hiesigen Friedhof abgespielt. Eine Frau H. war im Krankenhaus an Altersschwäche gestorben und nach der Leichenhalle übergeführt worden. Die Hinterbliebenen, welche aus Kauffung zur Beerdigung gekommen waren, wollten die Mutter noch einmal sehen und begaben sich rechtzeitig auf den Kirchhof. Doch wer beschreibt ihr Erstaunen: in der Leichenhalle war nirgends die Tote bzw. der Sarg zu sehen. Man machte sich auf die Suche und fand unter den Gräbern endlich ein noch offenes Grab, in welchem der Sarg mit der Toten stand. Es stellte sich dann heraus, daß die Tote einfach eine Stunde früher beerdigt wurde, weil man annahm, daß niemand zu der Beerdigung anwesend sein würde. Schuld an diesem Vorfall trifft nur allein die dortige Beerdigungsanstalt, eine nette, pünktliche Gesellschaft. Pünktlich zur angesetzten Zeit erschien der bestellte Geistliche. Eine Auskunft, warum die Tote zu früh beerdigt worden war, konnte er auch nicht geben.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Nur noch heute

Der brave Soldat Schwejk
in
russisch. Gefangenschaft

Ferner:

Auferstehung
nach dem gleichnamigen Roman
von Leo Tolstoi

Niedrige Preise — Jugend verboten

Mit ärztlichem Vortrag
läuft der große Sexualfilm über den § 218

Der Fall der Sonja Petrowa
Die Seuche der Abtreibung vor dem Volksgericht

Arbeiter-Sportkartell E.V.

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte u. Beamte von Görlitz, Freiburg, Striegau, Schweidnitz Kauffung, Goldberg, Jauer und Greiffenberg

Görlitz

Bruno Schultze, Untermarkt 3
Wäsche, Weiß- und Wollwaren / Herren-Artikel
Große Auswahl / Niedrigste Preise!
88601

Dresdener Waldschlößchen Bier
ein Trunk ohne Gleichen
88623

Möbelhaus Boden Peterstr. 16 / die billigste Einkaufsquelle für Arbeiter
Zahlungserleichterung
88637

Wäschehaus Hermann Junge Marienplatz 6 gegenüb. d. Dick. Turm
Bettwäsche, Tischwäsche, Leibwäsche, Trikotagen 88628
Strümpfe, Wollwaren, Kleider- u. Wäschestoffe, Gardinen

Carl Brückner
Untermarkt 2
Möbel-Tischlerei u. Magazin 88660

Arbeitskleidung — Schuhwaren
B. Schwarzberg Nachflg.
Obermarkt 32, Ecke Brüder- u. Fleischerstraße
88662

R. STEINERT & SOHN
staatlich geprüfter Optiker
Lieferanten sämtlicher Krankenkassen
88625

Möbel und Polsterwaren
Puppen- und Kinderwagen
A. Klahn, Brüderstraße 3
88673

Kurz-, Weiß-, Wollwaren — Herrenartikel
O. Scholz, Breite Straße 4
Blaue Rabattmarken
88665

Robert Scholich :: Kürschnermeister
Hüte — Mützen — Pelzwaren
12 Brüderstraße 12
88675

Alfred Fehrmann, Demianiplatz 23
Arbeitergarderobe, Berufsbekleidung
Wäsche — Eigene Fabrikation
88621

Paul Renner
Inh. Fritz Schäfer
PELZE — HÜTE — MÜTZEN
Berliner Straße 45
88513

Möbel preiswert und gut
Möbelhaus G. Popig
Ruf 1829 — Mittelstraße 8 a
88616

Wir bringen die neuesten Muster und besten Qualitäten
Kleiderstoffe — Baumwollwaren
Alfred Gotthardt, Steinstraße 6
neben Kaufhaus Hans Tosched
88666

Optiker Postleb :: Fachoptiker
Salomonstr. 43, vis-à-vis d. Fledermaus
Lieferant aller Krankenkassen
88672

S. Fischer
Görlitz, Demianiplatz 25
Fabrik-Reste und Gelegenheits-Käufe
88670

Fahrräder :: Nähmaschinen
Ernst Seibel
Demianiplatz 19/20
88669

Aug. Seidel
Bautzener, Ecke Brunnenstraße
Wäsche — Wollwaren — Schürzen — Kleider
Gute Qualitäten — Niedrige Preise
88604

Destillation
Weinhandlung
F. USEMANN
10 Weberstraße 10
88626

Bettfedernfabrik Fritz Kauer
Billigste Bezugsquelle in Bettfedern
direkt ab Fabrik ohne Zwischenhandel
Filiale: Breite Straße 1
88663

Wäsche-Berg, Demianiplatz 26
Spezialgeschäft
in Dauerwäsche und Herrenartikeln
88622

Eduard Worm, Inh. B. Berthold
Nikolaigraben 4
Wäsche-, Weiß- und Wollwaren
Trikotagen :: Kleiderstoffe
88624

Sprechapparate — Musikschallplatten
der führenden Weltmarken
Odeon / Columbia / Odeon / Parlophon
Bequeme Teilzahlung
Görlitzer Musikhaus, Demianiplatz 28
88620

Schuhwaren — Stiefel
für jeden Beruf / Reparaturen
Eigene Werkstatt
Franz Kuhnert
Brüderstraße 10

88674

Selbstfabrikation
von Herren-Konfektion
daher sehr niedrige Preise
Pese, Berliner Straße 4
88514

KARL ROCH
Berliner Straße 56
Solinger Stahlwaren
Messerschmiede und Schleiferei
88612

Fahrräder :: Nähmaschinen
Sprechmaschinen :: Schallplatten
Große Auswahl! Niedrige Preise!
Theodor Dörfel
Görlitz, Obermarkt 2
88629

Für alle Krankenkassen die gute Brille

Berliner Str. 3 Obermarkt 28
Alfred Lünig :: Optiker :: Görlitz
88615

Sächs.-Oberlaus. Textil-Industrie
Salomonstraße 37
Fabrik-Reste
Rester in allen Stoffarten
Enorm billig
88671

Görlitz-Süd

+ Süd-Drogerie :: Lutherstr. 23
Farbenhandlung
88666

Schweidnitz

Herren-Bekleidung
am preiswertesten bei
August Hilbert, Ring 14
88539

Alfred Furchner
Köppenstraße 5
Kolonialwaren
88537

Rind- und Schweineschlächterei
Frühstücksstube
C. Leopold
Lange Straße 8 — Strehlener Straße
88535

W. Tönsmann, Grabenstraße 1
Motorräder, Fahrräder, Grammophone
Lager von zirka 300 Markenrädern
88680

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
F. Kahns, Hohstraße 22
88677

Preiswerte Pelzwaren
nur im Spezial-Pelzhaus
H. DREYKLUFT
Hohstraße, Ecke Markt
88599

Hamburger Fischhalle
Tägl. frische Seefische und Räucherwaren
Nur Peterstraße 16/18
88684

Billigste Bezugsquelle
für gute
Branntweine, Liköre, Weine
Essig-Fabrik
B. Mittmann, Burgstraße 8
88534

Hüte :: Mützen :: Pelzwaren
billig bei O. Pfeiffer, Langstr. 28
88678

Conrad Bischoff, Obere Bolkowstraße 5
Bäckerei und Konditorei
88679

Paul Knobloch :: Kolonialwaren
Reichenbacher Straße 25
88681

Hielscher Nachflg., Hohstraße 1
Kolonialwaren und Feinkost
88676

R. Sembritzki, Markt 31
Eisenwaren :: Haus- und Küchengeräte
88593

Kaufhaus L. Neumann, Burgstraße 14
Mitglied des Rabatt-Sparvereins
88594

Schuhhaus Trennert
solide und preiswert
Reichenbacher Straße 10
88592

Schuhhaus Förster, Langstraße 6
Eigene Reparatur-Werkstätte
88538

Sprechmaschinen :: Schallplatten
Größte Auswahl — Günstige Teilzahlung
Piano-Haus Dasler, Markt 25
88370

Musikinstrumente und Reparatur
nur Hohstr. 69 :: vorm. Gebr. Schlag
88591

Bittners Molkerei
empfiehlt sämtliche Molkerei-Produkte
88575

+ Löwen-Drogerie +
Ring 17
Inh. Arthur und Martin Kalms
88573

Kauft bei Licht
Ring 37
88595

Paul Hoffmann, Bahnhofstraße 28
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Frühstückstube
88586

Karl Tielsch, Güntherstraße 7
Alle Arten
Lederwaren :: Polstermöbel
Reise- und Sportartikel :: Metallbetten
88580

Billigste Bezugsquelle
für Stoffe, Wäsche, Strümpfe usw.
LARISCH / RING 14
88572

HAASE- UND KIPKE-BIERE
sind hervorragend
OTTO KOSMAHL
Biergroßhandlung
88594

Schuhwarenhaus
Willy Heinemann, Wittigstraße 1
88695

Korn :: Liköre :: Sekt :: Wein
kaufst billig Du bei
KÜHNPAST / RING 31 / ein
88688

Kurz-, Weiß- und Wollwaren 88536
Manufaktur- u. Modewaren / Herren-Artikel
Georg Fraubös, Ring 15 u. Breslauer Str. 2

Lose der Preuß. Klassen-Lotterie u. sämtlicher Privat-Lotterien
Tel. 882 ständig vorrätig bei 88583
Täuber, Staatl. Lotterie-Einnahme, Bögenstr. 6

Beachtet unsere Inserenten!

MIFA-FAHRRÄDER
Bequeme Teilzahlung
Fabrikverkaufsstelle: Bahnhofstraße 62
Zweigstelle: Rundstocker Fahrradhaus
88659

Striegau

Reinhold Schwabe, Ring 9
Damen- u. Mädchen-Bekleidung 88574
Stoffe aller Art / Wäsche / Strümpfe usw.

Fahrräder 88688
Nähmaschinen
Grammophone
Max Winkelmann, Schweidn. Str. 7

Kauft Fische
bei Gerstel
88589

Julius Rickel, Inh. Fritz Rickel
Gummiwaren / Verbandstoffe / Bandagen
88585

C. P. Kolbe Nachf., Güntherstraße 6
Leder- und Schuhmacher-Bedarfsartikel
88583

Karl Vogt, Güntherstraße 11
Kinderwagen / Metallbettstellen / Korbmöbel
88582

Wollwaren :: Wäsche
Kleider u. Herren-Artikel
kaufen Sie preiswert bei
Victor Pistorius
88578

Arthur Hoffmann, Güntherstraße 2
Uhren — Goldwaren — Optik
88581

Josef Thamm, Güntherstraße 10
Goldwaren — Alpina-Uhren
88579

Beste Quelle für Tabakwaren
Zigarrenhaus Wenzel
88576

Eisenwaren :: Werkzeuge
Wirtschaftsartikel
Emil Dix, Schweidnitzer Straße 6
88587

Robert Goldbach, Güntherstraße 16
Pelz- und Lederwaren :: Felle
88577

Leopold Juda
Thomasstraße 11
Textilwaren und Konfektion
88596

Striegau—Gräben

Kaufhaus Gustav Köhler
Gräben — Dorfstraße 29
88697

Valentin Mnich, Fleischermeister
Dorfstraße 36 — Fabrikation
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
88688

Kolonialwaren und Schnittwaren
Anna Köhler, Gräben
88597

Verlangt stets
Haselbach- und Schultheiß-Biere
Paul Sperlich
Dorfstraße 4
88598

Greiffenberg

Anna Scholz, Inh. Wilh. Scholz, Markt 14
Schnittwaren — Strümpfe — Trikotagen
88393

Walter Mummert, Kirchstraße 12
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
88391

Kaufhaus J. Gutmann / Kirchstraße 3
Damenkonfektion, Kleiderstoffe
Weiß- und Wollwaren
88392

Jauer

Prima Roßfleisch
empfiehlt Ernst Bätzold, Kirchstr. 2
88384

Paul Becker, Alt-Jauer Straße 24 b
ff. Fleisch- und Wurstwaren
88383

Uhren und Goldwaren
Bruno Hoffmann, Liegnitzer Straße 17
88382

Henry Tschentscher, Königstraße 4
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren
88390

O. Hartmann / Inh. R. Steiner
Glas :: Porzellan :: Steingut
nur Ring 40
88379

Fischhaus Schaefer
Täglich frische Ware gut und billig
Ring 19
88377

Verlangt stets
Haselbach- und Kipke-Bier
Erich Kell, Kirchstraße 1
88385

Schuhwaren und Arbeiterbekleidung
kaufen Sie billig und gut
nur bei J. Kaniowitz vorm. Fritsche
Königstraße 7
88381

E. NEUGEBAUER G. m. b. H.
Stahlwaren, Haus- u. Küchengeräte
Betten —::— Ring 10
88378

Wilhelm Weinhold
Ia Fleisch- und Wurstwaren
Goldberger Straße 10
88387

Kaufe im SOFI
88388

Freiburg

Paul Kupke Nachf., Landeshut. Str. 35
Lebensmitt., Tabakwaren, Spirituosen
88308

Für Dich nur:
Wäsche-Schneider, Burgstr. 18
88307

National- u. Union-Lichtspiele, Ring 6
Programmwechsel Dienstag u. Freitag
Vorführung bester Filme
88310

Carl Müller
Neumarkt 11 :: Bahnhofstraße 18
Kaffee-Rösterei mit elektrischem Betrieb
Lebensmittel :: Spirituosen :: Weine
Tabakwaren
88306

Carl Kalms, Polsnitz 58
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
88305

Erich Dresel
Manufakturwaren und Konfektion
Spezialität:
Damenkleider u. Mäntel
Große Auswahl! Niedrigste Preise!
88309

Max Seiler, Nikolaistraße 21
Tafelobst :: Gemüse :: Kolonialwaren
88311

Kauffung a. d. K.

Alfred Stief / Dorfstraße 109
Drogen :: Farben :: Photo-Waren
Artikel zur Krankenpflege
Lebensmittel :: Wirtschaftsartikel
88415

FAHRRADHAUS WEBER
Dorfstraße 119 / Reparatur-Werkstatt
Nähmaschinen, Motorräder
88419

Walter Scheer
Das führende Kaufhaus in Modewaren
Dorfstraße 120
88418

Gerhard Alt, Dorfstraße 115 a
Spirituosen :: Drogen
Kolonialwaren, Bedarfs- u. Geschenkartikel
88417

Paul Herda, Dorfstraße 277 a
Toilette-Artikel
Herren- und Damen-Friseur
88416

Gasthof „Zur Brauerei"
Dorfstraße 41
Eigene Fleischerei
88413

Georg Zinnecker
empfiehlt seine Backwaren
Dorfstraße 223
88414

Gustav Handke
Sägewerk :: Bäckerei :: Mühle
Dorfstraße 42/43
88412

Max Drescher
empfiehlt seine Fleisch- und Wurstwaren
Dorfstraße 131
88411

Fritz Adler, Dorfstraße 121
Fleisch- und Wurstgeschäft
Eigene Kühlanlage
88410

Paul Auft
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Dorfstraße 107
88409

Willi Schirner :: Friseur
Spezialität: Bubikopfschneiden
Dorfstraße 105
88408

Gasthof „Zum grünen Baum"
empfiehlt sein Lokal nebst Garten
Dorfstraße 278
88407

Richard Pohl
Mühlen-Fabrikate, Brot- und Feinbäckerei
Dorfstraße 329
88406

Karl Paul, Kaufh., Dorfstr. 388. Spez. Arbeiterbekleid., Maßanzüge, gut sort. Schuhwarenlag., Drogen, Farben, sämtl. Bedarfsgegenst.
88405

Willy Girke
Lebensmittel :: Mode- und Schnittwaren
Dorfstraße 274
88404

Goldberg

J. Latüssel Inh. Ernst Sohle
Kolonialwaren :: Delikatessen
Matthäiplatz 10
88400

ZIGARRENHAUS
Fritz Herpolsheimer, Ring 15
88396

Fritz Schilge :: Friseurgeschäft
Gesülle 10
88395

Herren- und Knabenbekleidg.
Paul Förster
Ring 17 88397

Reserviert

+ Drogerie C. L. Meister +
Matthäiplatz 5
88394

SPEZIAL-HUT-HAUS
Carl Grohmann, Liegnitzer Str. 1
88399

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 9. 3. bis Freitag, den 15. 3. täglich 20.15 Uhr
Karl und Anna
Sonnabend, 16. 3., 20.15 U.
Zum ersten Male!
Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?
Komödie von W. Somerset Maugham
Sonntag, den 10. 3. und Dienstag, 12. 3., 15.30 Uhr (Geschlossene Schüler-Vorstellung für den Magistrat der Stadt Breslau)
Minna von Barnhelm

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 9. 3. bis Freitag, den 15. 3. täglich 20.15 Uhr
Schwenger!
Komödie von Peter Buch
Sonnabend, 16. 3., 20.15 U.
Zum ersten Male!
Dreimal Hochzeit
Ein Neuyorker Schwank von Anna Nichols
Sonntag, den 10. 3. und Dienstag, 12. 3., 15.30 Uhr
Zu kleinen Preisen!
Nathan der Weise
Dramatisches Gedicht von G. E. Lessing

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 14
Die schöne Helena
Sonnabend, 19.30 Uhr
Die Zauberflöte
Sonntag, 11.30 Uhr
Sonderkonzert d. Schles. Philharmonie
Dirigent Richard Lert
Solistin Alma Moodie (Violine)
Sonntag, 19.30 Uhr
Carmen

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
Sonntag und Dienstag, 20 Uhr
Gastspiel
EDITH KARIN
Eine Nacht in Kairo
Sonnabend, den 9. März, 20 Uhr
Der Rastelbinder

Volkstümliche Vorstellungen
Freitag, 20 Uhr
Die Herzogin von Chicago
Sonntag, 15½ Uhr (nachm. 3½ Uhr)
Die Försterchristel
Montag, den 11. März, 20 Uhr
Das Dreimäderlhaus
Mittwoch, den 13. März, 20 Uhr
Die Zirkusprinzessin
Freitag, den 15. März, 20 Uhr
Gräfin Mariza
Sonntag, den 17. März, 15½ Uhr (nachm. 3½ Uhr)
Der Zarewitsch

Max Schönfelder

Feinkost- und Lebensmittel-Großhandlung
Breslau 1, Albrechtstraße 56

Sonder-Angebot in Backobst-Artikeln

Bosnische Pflaumen, zuckersüß, tiefschwarz, das Pfund 25, 35, 40 Pfg.
Pflaumen, ohne Stein, je Pfd. 65 Pfg.
Kalifornische Pflaumen
das Pfd. 60, 65 Pfg.
Melange-Backobst
nach eigenem bewährten Rezept zusammengestellt
das Pfd. 50, 60, 80 Pfg., 1 Mk.

	je Pfd.
Kalifornische Aprikosen	1.40
Kalifornische Pfirsiche	1.—
Kalifornische Birnen	1.—
Ringäpfel, amerikanische	1.10
Delikateß-Kranzfeigen	0.34

Ferner einen großen Posten Zweifrucht-Marmelade
Zwetschen-Apfel
der 2-Pfund-Eimer nur 92 Pfennige
haben Sie die bei mir neu eingeführten
Westfälischen Fleisch- und Wurstwaren
schon versucht? Wenn nicht, dann empfehle ich Ihnen, dies bald nachzuholen!

Max Schönfelder

Kaffee-Rösterei :: Tee-Import
Waren-Versandhaus und Wein-Großhandlung
Breslau 1, Albrechtstraße 56

Sie verdienen täglich

10 Mark mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Kermelsutter Roßhaar, Garn, Knöpfe Kernseife, Erdal alles sehr billig prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Lichtbildbühne „Ost"

Tauentzienstrasse 177
Ab Freitag, den 8. bis 11. März 1929
Wenn ein Weib den Weg verliert
Nach 3maligem Zensurverbot ohne Ausschnitte freigegeben
Ein moderner Sitten-Großfilm
Anfang: Wochentags um 18 Uhr
Sonntag 15 Uhr: Kinder-Vorstellung
Erwerbslosen-Vorstellung
Montag und Donnerstag 30 Pfennig
Ab Dienstag, den 12. bis 14. März 1929
Die Brillanten-Schmuggler von New-York!
Ab Freitag, den 15. bis 28. März 1929
SONG ✡ Schmutziges Geld
anschließend **Nachtvorstellung:**
Das erwachende Geschlecht

Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren

Oskar Laqua
Breslau, Anderssenstr. 31

Inserate haben guten Erfolg

? Ein gutes Fahrrad ?

Zubehörteile?
Fachmännisch ausgeführte Reparaturen
nur im
Fahrradhaus Eximius
Reuschestrasse 28
Im Hause der Brauerei „Zum großen Meerschiff"
Sie werden bei uns aufs beste bedient und in jeder Hinsicht zufriedengestellt
Riesen-Auswahl moderner Markenräder
Tourenräder v. Mk. 38.50 Damenräder v. Mk. 42.50
Halbrenner von Mark 68.— Rennmaschinen von Mk 140.— an und höher Schläuche von Mk. 8.95
Decken v. Mk. 2.35 Schutzbleche v. Mk. -.65 an usw.
Bequeme Teilzahlung
Gebrauchte Räder werden in Zahlung genommen.

Konkursmassen-Ausverkauf

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma
Schindler & Co., G. m. b. H.
in **Breslau, Schmiedebrücke 9a**
findet für kurze Zeit der Verkauf der Warenvorräte an Privatkundschaft statt. Es handelt sich um:
Sprechapparate, Schallplatten
Mandolinen, Lauten
Geigen, Ziehharmonikas
und sonstige Zubehörteile usw.
Der Konkursverwalter.

Schaefer-Einreibung

berühmt und bewährt bei Rheumatismus und Nervenschmerz, wird nach einem alten Original-Rezept in meinem Laboratorium hergestellt in Flaschen zu 0.50, 0.90, 1.90 M. Helen.-Apoth. Münsterberg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd. 1.10—1.20
Schweinsschnitzel	„ 1.50
Schweins-Kotelett	„ 1.30
Rindfleisch o. Knoch.	Pfd. 1.10—1.30
Suppenfleisch	„ 0.80—1.00
Kalbfleisch	„ 1.10—1.30
Kalbfleisch o. Knoch.	„ 1.30—1.60
Rauchfleisch	„ 1.30—1.40
Pökelfleisch	„ 1.10—1.30
Frische Schweinsköpfe	Pfd. 0.60
Frischer Speck (deutsch)	„ 1.10
Ausgebr. Schweinefett (deutsch)	„ 1.00
Gulaschfleisch	Pfd. von 0.80 an
Gehacktes	„ von 0.80 an
Lungenfett	„ 0.90
Gepökelte Eisbeine	„ 1.10
Räucherspeck (deutsch)	Pfd. 1.25
Gekochter Schinken	¼ „ 0.60
Roher Schinken	¼ Pfd. 0.60
Lachsschinken	¼ Pfd. 0.60
Braunschweiger	¼ Pfd. 0.30—0.40
Preßkopf u. Mortadella	¼ „ 0.30
Mettwurst	¼ „ 0.30
Leberwurst	¼ Pfd. 0.20—0.40
Polnische	Pfd. 0.90—1.20
Knoblauchswurst	Pfd. 0.70—1.00
Feinster Aufschnitt	¼ Pfd. 0.45
Geräucherte Brauwurst	Paar 0.20—0.30

sowie alle anderen **Fleisch- u. Wurstwaren** zu billigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Moltkestraße 13 / Fernspr. 25 669

Schokoladen aller Art

Spezialität: Trumpf-Schokolade
liefert
Alois Henschel & Co.
Breslau, Brunnenstr. 34 — Tel. 307 85

Kaufhaus Bach & Blachmann

Breslau 23 :: Herdainstr. 44
Filiale: Brockau, Güntherstr. 19
Sämtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl zu billigsten Preisen!

Lehrlings-Berufskleidung

Maurerblusen	4.50, 3.50, 2.75	Maurerhosen	7.00, 4.00, 2.75
Schlosserjacken	3.50, 3.00, 2.50	Blaue Hosen	3.50, 3.00, 2.50
Fleischerjacken	7.50, 6.75, 5.95	Manchest.-Hosen	11.50, 10.50, 6.50
Malerkittel	5.25, 4.25, 3.95	Pilothosen gestreift	5.50, 6.50, 4.25
Berufsmäntel	7.50, 7.00, 6.50	Schwarze Latzhosen	7.25, 6.75
Damenmäntel	6.00, 4.50, 3.25	Schwarze Schnitthosen	6.75, 5.50
Blaue Schürzen	1.85, 1.35, 1.00	Grüne Schürzen	1.95, 1.75, 1.60

Sockenschoner — Maurer-Werkzeuge
Adolf Malinowitzer, Klosterstraße 23

Manche Herren wissen noch immer nicht—

daß eine sehr breite Auswahl aparter Modelle, Weichheit und Glanz des Oberleders sowie äußerste Preisstellung die Vorzüge des gut. Conrad Tack-Schuhes auch in der Herrenkollektion ausmachen

Braune echt Boxkalf mit Wulstrahmen

Braun Rindbox Herren-Halbschuhe, moderne halbspitze Form **12 50**

Braun Rindbox Herren-Halbschuhe, breite amerik. Trotteurform mit Wulstrahmen . . **14 50**

Braun echt Boxkalf-Herr.-Halbschuhe, Orig.-Goodyear-Welt **16 50**

Dazu die passenden Liwera-Socken

Liwera „AZ", baumwollene Jacquard-Socken, moderne Streifen- u. Karomuster **0.95**	**Liwera „B"**, Jacquardsocken, Florzwirn und Feder mit künstlicher Seide, schwere haltbare Qualitäten . **1.95**	**Liwera „D"**, elegante Socken aus Bemberg-Seide, mellertem Flor usw. **2.95**

Liwera Tack & Cie A.-G. Burg b. M.

Verkaufsstellen Conrad Tack & Cie., G. m. b. H.
Breslau Ohlauer Straße 15, Reuschestraße 42/48
Beuthen, Görlitz, Liegnitz, Gleiwitz, Hindenburg, Oppeln, Ratibor, Waldenburg

PEUVAG BERLIN

Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-A.-G.
Breslau 10, Trebnitzer Str. 50 / Telefon 28837

FILIALE BRESLAU

DRUCK SACHEN

für den Privat- und den Geschäftsbedarf (Broschüren, Prospekte, Plakate, Programme, Eintrittskarten, Briefbogen, Rechnungen usw.) werden schnell u. preiswert hergestellt in unserer Druckerei. — Spez.: Massen-Auflagen innerhalb kürzester Zeit
Verlangen Sie bitte Kostenvoranschläge

Inserate

haben in unserer Zeitung
besten Erfolg

Kolonialwaren u. Lebensmittel

kauft man bei
Helene Reimann
Schweidnitz, Vorwerkstr. 24

Richard Thiel, Schweidnitz

Büttner-, Ecke, Münzstraße
Kolonial- u. Feinkostwaren
Spezialität:
Täglich frische Schotten und Heringe
aus eigener Räucherei

Spottbillig

Restposten **Mäntel**
entzückende **Tanzkleider**
Woll- und Veloutinekleiderwaren
Trikots zur Wäsche u. v. a.
Modehaus Landsberger
Schweidnitz
Innerer Ring 2, neben Rathauskeller

Reserviert!

Schweidnitz Nr. 12

Franz Potstada

Hirschberg Äußere Burgstr. 3
Roß-Fleisch- und Wurstwaren

Billigste Bezugsquelle für Qualitätswaren

Bekleidungshaus
A. Ostrower
Striegau Ring 48.

Spezialgeschäft

Musikhaus Liegnitz, Synagogenstraße 2.
Auch für Schalmeien

Schuhwaren

kaufen Sie gut und **preiswert**
bei
J. Koschany
Liegnitz
Haynauer Straße 8

Einzel-Möbel

jeder Holzart werden angefertigt von Tischlermeister
Julius
Scheffler
Nieder-Hermsdorf
Hauptstraße 4

Abonnenten-Werber

sucht
„Arbeiter-Zeitung"
Trebnitzer Straße 50

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen und Warzen
beseitigt schnell, sicher und unblutig
Kukirol
Verlangen Sie in der nächsten Kukirol-Verkaufsstelle ausdrücklich die neue Packung mit dem Garantieschein, denn Sie erhalten dann
bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!
Eine Packung Kukirol mit dem Garantieschein kostet 1 Mark.